

Klassenkampf
Für internationalen Sozialismus und Arbeiterdemokratie

DAS GROßE FRESSEN

Der Imperialismus und die Verteilung der Welt



Bush - Ein neuer Stil in der amerikanischen Politik ☆ Krisenregion Kaukasus ☆ Krieg in Mazedonien

Weitere Themen im Heft: Neuer Markt ☆ Pilotenstreik ☆ Angriff auf Sozialhilfeempfänger ☆ Antifaschismus ☆ Nationale Frage ☆ Kernenergie





Vor fast 12 Jahren feierte die Bourgeoisie das Ende des Systems, das sie nach wie vor als ‚kommunistisch‘ bezeichnet. Dass es in Wirklichkeit nur eine Spielart des Kapitalismus war (nämlich die eines bürokratischen und staatlich verwalteten), darüber ging sie einfach hinweg. So gesehen wird aus dem ‚Sieg über den Kommunismus‘ nur eine weitere Niederlage des kapitalistischen Systems insgesamt. Und auch die Zeit nach 1989 hat das bestätigt.

Nach dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Ökonomien offenbarte sich, dass die Aggressivität des Privatkapitalismus im ‚Kalten Krieg‘ keineswegs ideologisch bedingt war. Mittlerweile ist offen zutage getreten, dass die Spannungen, die vor 1989 zwischen zwei Blöcken verliefen, heute zwischen vielen Wirtschaftszentren - EU, Japan, USA u.v.m. - herrschen. Die Märkte sind weltweit so eng geworden, dass die Wirtschaft ihr Heil in einer immer militärischer anmutenden Politik sucht. Besonders deutlich wird das daran, wie der US-Präsident George W. Bush seine Muskeln spielen lässt. So liegt der Schwerpunkt dieses Klassenkampfes dann auch auf dem Kapitalismus, der sich in den letzten Jahren vom bipolaren zum multipolaren Imperialismus verwandelt hat.

Und nicht nur die Politik der letzten verbliebenen Supermacht, der Vereinigten Staaten, wird immer aggressiver, auch die anderen imperialistischen Nationen bemühen sich, ihre Option auf militärische Schläge aufrecht zu erhalten. Selbst die BRD sichert sich ihren Zugriff auf nukleares Material für eine Atombombe, wie unser Artikel über die Kernenergie in Deutschland zeigt.

Aber die brutale Politik nach außen ist nur ein Spiegel der wirtschaftlichen Lage innen. So offenbarte sich z.B. der große Hoffnungsträger des Kapitalismus, der ‚Neue Markt‘, mittlerweile auch praktisch als Flop - theoretisch war zumindest uns Marxisten klar, dass

auch die Computer- und Online-Branche den Gesetzmäßigkeiten dieses Systems unterliegt und somit Krisen und Arbeitslosigkeit nicht verhindern kann, sondern mit produziert. Auch wenn noch eine Menge Zeit bis dahin verstreichen kann, wird immer klarer, dass der Kapitalismus in die Sackgasse rennt.

Niemand kann heute mehr die Augen davor verschließen, dass die ökonomischen Probleme im Kapitalismus kaum noch zu bewältigen sind, dass diese Probleme zu politischen Katastrophen (wie im Konflikt zwischen China und den USA oder im Kaukasus) und Kriegen (wie in Mazedonien) führen. Trotzdem aber regt sich kaum Widerstand gegen dieses System. Größere Demonstrationen - wie in Genua - richten sich nicht gegen den Kapitalismus insgesamt, sondern nur gegen einzelne Auswirkungen der imperialistischen Politik.

Schuld daran ist die Diskreditierung des revolutionären Sozialismus - einerseits durch die staatskapitalistischen Diktaturen des einstigen Ostblocks, Chinas und Kubas, die sich als ‚Sozialismus‘ ausgegeben haben, andererseits durch die Propaganda unserer herrschenden Klasse, die unseren Kollegen weismacht, Stalinismus und Sozialismus seien ein und dasselbe. So scheint es natürlich keine vernünftige Alternative zum Kapitalismus zu geben, selbst wenn er die Welt zehn Mal in den Untergang stürzt.

Als Sozialisten wissen wir aber, dass die Probleme sich immer weiter verschärfen und irgendwann auch den massenhaften Widerstand von unten provozieren werden. Das ist der Zeitpunkt, wo unsere Ideen auf ein großes Echo stoßen werden. Dass wir heute überwiegend belächelt werden und unsere Organisationen sehr klein sind, ist keine neue Situation für uns. Auch gut 20 Jahre vor der Oktoberrevolution 1917 bestand die Vorläuferorganisation der Bolschewiki aus gerade mal drei Mitgliedern.

Wir sollten also nicht verzagen, sondern uns theoretisch voran bilden und uns vorbereiten auf die Zeit, in der wir wieder die Massen ansprechen können. Unsere Leser können wir dabei nur auffordern, sich den Internationalen Sozialisten anzuschließen.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes und Kontakt:
Norbert Nelte, Nesselrode Str. 28, 50735 K In
Tel.: 0221/287 03 88
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- €
Abo-Preis: DM 20,- / 10,- €
(4 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

INHALT

TITELTHEMA: DER IMPERIALISMUS UND DIE VERTEILUNG DER WELT

- 8 Ein neuer Stil in der amerikanischen Politik**
Was wir aus der bisherigen Amtszeit Bushs alles lernen können
- 14 Pulverfass Kaspischer Raum**
Der nächste Konflikt
- 20 Krieg in Mazedonien**
- 3 Generalangriff auf die Sozialhilfempfeänger - Nur auf diese?**
- 4 Warum wir uns den Nazis auf der Straße entgegen stellen müssen**
- 12 Der atomare Brennstoffkreislauf**
Atombombenproduktion für den Imperialismus
- 16 Piloten,streik‘:**
Proletarischer Kampf oder kleinbürgerliches Verhandlungskalkül?
- 18 Sozialisten und die nationale Frage**
- 24 Der Neue Markt**

**Ideen
zum
Gewinnen**

Klassenkampf

und linke opposition

Kontakt über Ortsgruppen:

Bonn: Mark · 02 28 / 92 39 768
Berlin: Christoph · 030 / 428 04 588
Köln: Francis · 02 21 / 53 48 693
Solingen: Christian · 02 12 / 23 11 464

email: intersoz@netcologne.de
Homepage: www.internationalesozialisten.de

Generalangriff auf die Sozialhilfeempfänger - Nur auf diese?

Werner Klein

Wieder einmal bläst das Kapital zum Sturmangriff auf die Ärmsten. Auch die SPD unter Schröder bietet seine Handlangerdienste dem Kapital an.

Erst wird gegen alle Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose gewettert, daß sie faul und träge seien. Nachdem die SPD-Basis sich darüber aufregt, werden die Anschuldigungen in die scheinbar einsichtige Drohung umgebogen, daß der Arbeitslose bei Ablehnung von Arbeitsangeboten mit einer Kürzung der Hilfe rechnen muß.

Nachdem festgestellt wird, daß es dieses Gesetz schon längst gibt, bleibt nur noch die Androhung von Schröder, eben dieses Gesetz konsequenter in Zukunft anzuwenden. Es soll die Kürzung nicht mehr im Ermessen des Sachbearbeiters liegen, sondern aus dem "Kann"-Gesetz ein "Muß"-Gesetz werden, eine unbedingte Pflicht für den Beamten, zu kürzen.

Kaum ist der Generalangriff von Schröder zurückgenommen worden, springt am 8.4. Stoiber ein:

»Wer Arbeit ablehne, müsse in höherem Maße als bisher auch das Recht auf soziale Absicherung verlieren. Praxis und gesetzliche Grundlagen müssten entsprechend verändert werden.«

Als ob eine Person im Hintergrund ein Drehbuch geschrieben hätte. Die Arbeitslosen zu schröpfen, darin sind sich alle bürgerlichen Politiker einig, einschließlich der Grünen, und brav geben sie die Stafette weiter gemäß ihrer Rolle im Uterdrückungsapparat.

Nun geht es Schlag auf Schlag. Am 22.4. fordert die CSU eine Sperre des Arbeitslosengeldes, wenn der Arbeitslose sich weigern sollte, umzuziehen.

Am 24.4. fordert der CDU-Fraktionsvorsitzene Merz, Lebensmittelgutscheine für arbeitslose Drückeberger einzuführen.

Zum Schluß trägt der Chef selber, der BDI eine totale Streichung der Sozialhil-

fe für junge Arbeitsfähige vor. Nur alleinerziehende Frauen, Kranke und Alte dürften die Hilfe des Staates genießen und die müßte gestaffelt werden. Und nach einiger Zeit sollten auch Facharbeiter und Akademiker jeden angebotenen McJob annehmen.

Zum tausendstenmal muss auch der Sozialhilfeempfänger als Buhmann der Nation herhalten. Ihm wird von allen Seiten vorgeworfen, dass seine Hilfe oft höher ist, als manche Löhne und er deshalb nicht willens sei, die eben niedriger entlohnte Lohnarbeit nicht annehmen zu wollen. Da die Sozialhilfe der Armutsgeze entspricht, ist das Angebot eines noch niedrigeren Lohnes eine Unverschämtheit, ja sogar ein Verbrechen.

Aber auf die Idee, angesichts der Diskrepanz höhere Mindestlöhne zu fordern, kommen die hohen Herren und ihre Journalisten natürlich nicht. Das Kapital und seine Handlanger der Regierung will eine niedrigere Arbeits- und Sozialhilfe, um besser ihre Dumpinglöhne einsetzen zu können.

Das Kapital erhofft sich, die Facharbeiter als Bündnispartner für die Idee der Sozialkürzung mit der Begründung eines

scheinbar ausufernden Sozialschmarotertums zu gewinnen.

Den Facharbeitern muss aber gesagt werden, dass auch ihre höheren Löhne fallen werden, wenn es in ihrem Bereich Billiglöhne gibt. Das Kapital kann mit den Billiglöhnlern die besser bezahlten zu erpressen und letztlich wird auch ihr Lohn fallen. In den USA sind auch die Facharbeiter-Löhne niedrig, wo es viele McJobs gibt.

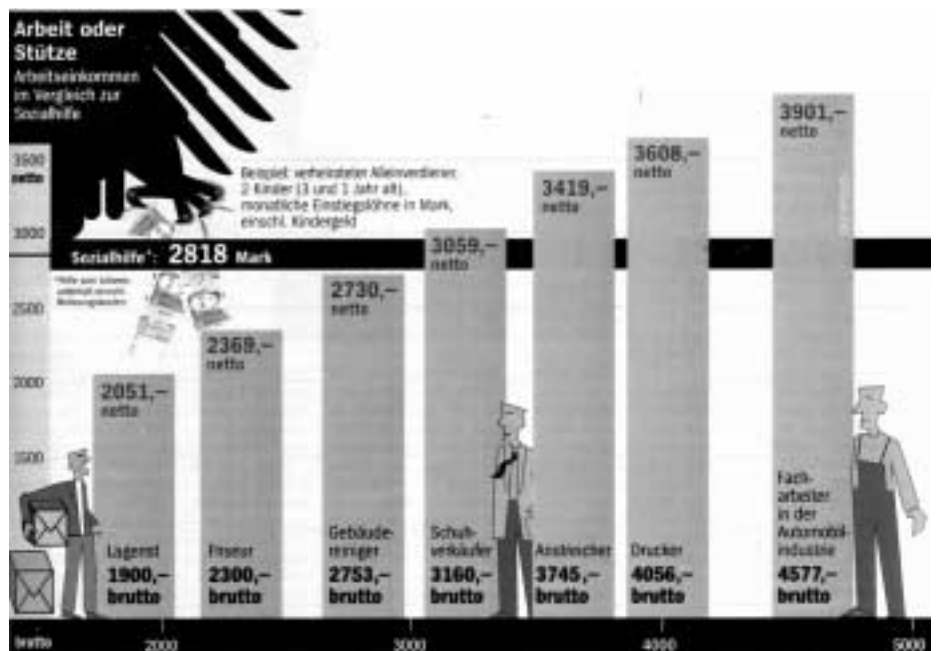
In der Tat hat Schröder ein Billiglohnprojekt gestartet gemäß seiner Überlegung

»Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen, der die Menschen, die jetzt Transfereinkommen beziehen, wieder in Arbeit und Brot bringt.«

Nur, kein Kapitalist interessiert sich für dieses Billiglohn-Programm, genannt Cast, weil er hier nur 357 DM Zuschuss im Monat erhält. Für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen bekommt er aber 50% Zuschuss, das sind 1.045,- DM. So konnten in Sachsen nur 0, Brandenburg 41 und am meisten in Rheinland-Pfalz mit 123 vermittelt werden.

Schröder will sein Billiglohn-Programm an den Mann bringen, das Kapital verlangt Dumping-Löhne, ergo müssen die "attraktivere" Sozialhilfe fallen.

Wir Arbeiter sagen da angesichts der Armut nur noch, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ergo müssen die Manager- und Kanzler-Löhne fallen.





Braune Horden verbreiten ihre Hetze ungehindert auf der Straße...

Warum wir uns den Nazis auf der Straße entgegen stellen müssen

☆ Ruth Krüger

Als die FPÖ, die Partei des österreichischen Faschisten Jörg Haider, sich Anfang 1999 in der Alpenrepublik an der Regierung beteiligte, reagierte ein großer Teil der Weltöffentlichkeit schockiert. Allerdings fanden sich viele Konservative, die abwiegelten: Auch wenn sie populär sei, so koche auch die FPÖ nur mit Wasser; eine Amtsperiode an der Macht und die Popularität Haiders werde sich in Luft auflösen. Diese Beschwichtigungsversuche lassen aber völlig außer acht, dass das Parlament nicht die Haupttribüne der Faschisten ist. Folglich können sie dort auch nicht geschlagen werden.

Das gilt keineswegs nur für Österreich. Auch Jean-Marie Le Pen, Führer der französischen Front National, instruierte vor Jahren seine Mitglieder, sie hätten sich ruhig zu verhalten, bis sie bei Wahlen 35% der Stimmen bekommen - dann könnten sie endlich ‚die Sau raus lassen‘. So ist auch für ihn der Parlamentarismus nur eine Vorstufe im Kampf um die Macht.

Ebenso verhielt es sich Ende der 20-er Jahre in Deutschland, ein paar Jahre, ehe die Nazis es schafften, sich von der herrschenden Klasse an die Macht hieven zu lassen. Am 13. Juni 1928 schrieb Joseph Goebbels, zu diesem Zeitpunkt Mitglied in der Reichstagsfraktion der NSDAP, in sein Tagebuch:

„Gleich geht's zum ersten Mal in den

Reichstag. Auf dieses Theater bin ich gespannt. Abwarten! Wir werden fechten. Das also ist der Reichstag - ein Affentheater. ... Im Plenum eine tolle Judenschule. Der Parlamentarismus ist längst reif zum Untergang. Wir werden ihm das Sterbegeläut geben. Ich habe jetzt schon das Theater satt. Mich wird man nicht zu oft in diesem Hohen Hause zu sehen bekommen.“

Hier wird noch einmal deutlich, dass die Nazis ihre Wirkensebene nicht gerade im Parlament sahen. Mehr noch, sie wollten das Parlament abschaffen, da es sich für die Ausübung der Macht, wie sie ihnen vorschwebte, nicht eignete.

Das ist ein Umstand, den die bürgerlichen Parteien scheinbar nicht begreifen wollen. Ihre Aktionen, die sie als Vorgehen gegen die braune Gefahr verstehen, beschränken sich nämlich auf den Bundestag und vielleicht noch die eine oder andere Kundgebung. Weil sie die Nazis als diejenigen erscheinen lassen, die auch ‚draußen‘ etwas tun, und ihre Gegner als diejenigen, die nur schwatzen, ist ein solches Vorgehen eine Stärkung der Faschisten. Denen muss man sich nämlich aktiv in den Weg stellen.

Die bürgerliche Demokratie und die Nazis

Die konservativen wie die sozialdemokratischen Parteien versuchen immer

wieder, das Wachsen der Nazi-Bewegung zu drosseln, indem sie Asylrechte beschneiden und die rassistische Idee propagieren, ihr jeweiliges Land sei ‚übevölkert‘. Obwohl sie sich einbilden, den Faschisten auf diese Weise Wähler wegzuschnappen, gießen sie nur Öl ins Feuer der Nazis.

Im Vorfeld der lokalen Wahlen in Bremen 1991 startete die CDU eine Kampagne, der zufolge Flüchtlinge in der Stadt nichts zu suchen hätten. Die im Stadtrat regierende SPD kapitulierte vor dem Argument, Bremen werde von Asylsuchenden überrannt. In der folgenden Wahl verlor sie die Kontrolle. Eine der stärksten Nazi-Parteien Deutschlands, die DVU (Deutsche Volkunion) vermehrte ihre Sitze von einem auf sechs.

Ähnliche Geschehnisse ereigneten sich das 20. Jahrhundert hindurch in ganz Europa - ob man den Aufstieg der faschistischen Massenparteien in der Weimarer Republik, im Italien der 20-er Jahre, im England der 30-er Jahre nimmt oder die Erfolge der ‚Neo‘-Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg. Sobald die bürgerlichen Parteien sich in Rassismus übten, profitierten nicht (nur) sie davon, sondern vor allem die Faschisten. Besonders deutlich wurde das in Frankreich.

Die dortige Sozialistische Partei, die die Präsidentschaftswahlen 1981 auf einer Welle der Begeisterung gewonnen hatte, wurde mit ihrer Politik schnell so unpopulär, dass sie für die schlechte Lage (Arbeitslosigkeit, ‚fehlende‘ öffentliche Gelder usw.) einfach die Immigranten verantwortlich machte. 1989 behauptete Präsident Mitterand, die Einwanderung habe bereits in den 70-er Jahren die ‚Schwelle der Toleranz‘ erreicht. Nach Straßenschlachten in den Städten sprach sein Premierminister 1991 davon, Flugzeuge zu chartern, die Asylsuchende und ‚illegale‘ Einwanderer deportieren sollten. Keine dieser rassistischen Propagandastücke aber konnte das Wachstum der faschistischen Bewegung Jean-Marie Le Pens aufhalten. Statt dessen musste Cresson, der Premier, sich von Le Pen belehren lassen, der sagte: „Die Menschen ziehen das Original immer der Kopie vor.“

Und die Nazis waren immer die ‚besseren‘ Rassisten. Während die bürgerlichen Politiker sich aufs Abschieben von Flüchtlingen beschränken, dem Kapital aber die billigen ausländischen Arbeitskräfte - die sogenannten ‚Gastarbeiter‘ - lassen müssen, schlagen die Nazis zu, wo es ihnen passt. Auch Hitlers SA hat ihre

Massenunterstützung nicht mit Argumenten und Diskussionen erhalten, sondern mit rassistischen Ausschreitungen, Schlägereien und Anschlägen - nach dem Motto: ‚Wir reden nicht, wir handeln‘. Und im Deutschland des Jahres nach der Jahrtausendwende werden wir Zeuge, wie derselbe Mechanismus leider weiter funktioniert. Während die CDU mit billigstem Rassismus auf Stimmenfang geht (mit der ‚Kinder statt Inder‘-Kampagne und Friedrich Merz' Gerede von einer ‚deutschen Leitkultur‘), verschafft sie der NPD ein immer größeres Umfeld.

Diese Zusammenhänge zeigen klar und deutlich, dass parlamentarische Initiativen und Verbotsanträge des Bundestags und des Bundesrats die Nazis nicht aufhalten können. Wir dürfen bürgerlichen Politikern nicht weiter trauen, als wir sie werfen könnten, besonders wenn es darum geht, Widerstand gegen die Nazis zu organisieren. Im Gegenteil, wir müssen aktiv werden; dann können wir die bürgerlichen Politiker zwingen, mit ihrem gefährlichen Herumspielen mit dem Rassismus aufzuhören und sich von der Nazi-Bewegung zu distanzieren. Das können wir aber nur schaffen, wenn wir die Massen mobilisieren.

Sobald wir erreicht haben, dass der Rassismus geächtet ist, haben wir eine wichtige Schlacht gewonnen - aber längst noch nicht den ganzen Kampf gegen die Nazis. Wir müssen so viel Druck von unten erzeugen, dass sämtliche faschistischen Organisationen und Parteien verboten werden - und nicht nur die NPD. Zwar werden die Führer der Nazis ihr Unwesen dann im Untergrund treiben, aber sie sind abgeschnitten von ihrer Basis, die keine Partei mehr wählt, die morgen vielleicht verboten ist, und die zu keinem Treffen mehr kommt, wenn ihr die Verhaftung droht. Im Klartext heißt das: Wir müssen Propaganda gegen jede Art von Rassismus machen und den Klassenkampf auch konzentriert gegen die Faschisten führen. Das sind aber nur zwei Betätigungsfelder des Antifaschismus; das dritte ist die physische Konfrontation, der Kampf auf der Straße.

Kraftdemonstrationen der Nazis verhindern!

Die physische Konfrontation mit den Nazis ist unumgänglich, weil ihre Aufmärsche und Demonstration für den Aufbau ihrer faschistischen Organisationen von zentraler Bedeutung sind. Was sie demonstrieren wollen ist ja gerade, dass

sie handeln, während die Abgeordneten im Parlament nur reden.

Deshalb ist auch die Annahme falsch, man könnte die Nazis schon entlarven, wenn man sie als Rassisten bloßstellt. Denn schon heute steht in ihren jeweiligen Parteiprogrammen - und wenn auch nur zwischen den Zeilen -, dass sie einen neuen Völkermord planen. Sie nennen ihn zwar nicht ‚Holocaust‘, sondern ‚Lösung der nationalen Frage‘, die Rassen-trennung (oder richtiger: -unterdrückung) heißt bei ihnen nicht ‚Apartheid‘, sondern ‚ethnischer Pluralismus‘ usw., aber nach wie vor sammeln sie Anhänger um sich, indem sie zur Tat schreiten. Jedem ihrer öffentlichen Auftritte folgen Brandanschläge, Hetzjagden auf ausländische Kollegen usw.

Dieses Gefühl der Stärke können wir ihnen nur nehmen, wenn wir sie von der Straße jagen und ihre öffentlichen Versammlungen verhindern. Wer fordert, man solle auch den Nazis das demokratische Recht auf Versammlungsfreiheit zugestehen, erklärt damit in Wahrheit alle unsere ausländischen Mitbürger zu Vogelfreien der Faschisten. Und es ist beileibe kein demokratisches Recht, unterdrückte Minderheiten erschlagen zu dürfen.

Das Ziel des körperlichen Kampfes gegen die Faschisten ist also nicht das Verprügeln dieses oder jenen Nazis. Unser Ziel ist es, die Nazi-Bewegung insgesamt daran zu hindern, ihre Taktik anzuwenden. Angriffe auf einzelne Faschisten oder sogar kleine Nazigruppen in ‚nicht-politischen‘ Situationen sind unberechtigt. Verletzt man einen bestimmten Nazi, so ändert das nichts an der grundlegenden gesellschaftlichen Dynamik faschistischer Bewegungen. Deshalb muss jeder physische Zusammenstoß mit den Nazis eine Taktik sein, mit der man auf eine politische Situation reagiert. Nicht jedes Mal, wenn sich die Wege von uns und den Faschisten kreuzen, muss eine Schlägerei das automatische Resultat sein.

Mit individuellen Faschisten ist es vielleicht sogar möglich, darüber zu diskutieren, dass es falsch ist, die Gesellschaft in Rassen einzuteilen, und darüber, ob man nicht neue Perspektiven für den Kampf für eine neue Welt gewinnt, wenn man erkennt, dass die jetzige Welt in Klassen geteilt ist. Sobald aber die Nazis in der Öffentlichkeit und politisch auftreten wollen, müssen sie daran gehindert werden - notfalls auch mit Gewalt.



...während der Staat antifaschistische Gegendemonstranten kriminalisiert

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten

Weil der Staat sich die Nazis als Reservearmee erhalten will, werden faschistische Veranstaltungen in der Regel von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. Trotzdem hat es keinen Sinn, die Polizei anzugreifen. Das Ziel ist es, die Nazis anzugreifen. Vielleicht schließt das das Attackieren der Polizei ein, weil man sonst nicht an die Nazis heran kommen würde, um ihre Veranstaltung zu zerschlagen - das muss aber eine taktische Entscheidung sein, die auf politischen Überlegungen beruht.

Das Ziel, die Faschisten anzugreifen, ist ein politisches Ziel und hat nichts mit Moral oder persönlichen Abrechnungen zu tun. Deshalb sind wir nicht gezwungen, den ‚Freund und Helfer‘ der Nazis unter allen Umständen anzugreifen. Sobald wir aber zahlenmäßig stark genug sind, die Linien der Polizei zu durchbrechen, müssen wir das auch tun; denn obwohl die Staatsgewalt vorgibt, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu schützen, so schützt sie in Wahrheit das ‚Recht‘ der Faschisten, die freie Meinungsäußerung abzuschaffen, indem sie Andersdenkende einschüchtern und sogar zu ihrer Ermordung aufrufen.

Massenmobilisierung

Der Kampf gegen faschistische Organisationen sollte zuerst die Mobilisierung von weiten Bevölkerungsteilen zum Ziel haben, die noch nicht innerhalb der Linken organisiert sind. Denn die Versuche der Linken allein, Nazi-Demonstrationen oder sogar einzelne Faschisten anzugreifen, bringen zwei Probleme mit sich.

Erstens können sie die überzeugten Revolutionäre von den Arbeitern isolieren, die wir beeinflussen wollen. Nur allzu leicht kann der Kampf zwischen Sozialisten und Nazis als Bandenkrieg erscheinen. Zweitens sind solche Kämpfe selten erfolgreich; in der Regel sind die Nazis die besseren Schläger - meist muss man auch in keiner Nazi-Organisation lange nach Mitgliedern suchen, die bereits einige Jahre Gefängnis wegen Körperverletzung oder Totschlag hinter sich haben. Letztendlich können wir also nur die Überlegenen sein, wenn es uns gelingt, die Opposition der Massen gegen sie zu organisieren.

Kampf für Demokratie oder Kapitulation vor der Diktatur?

Immer wieder wird Antifaschisten vorgeworfen, sie würden gegen demokratische Rechte verstoßen. Auch wenn man nicht mit dem einverstanden sei, was Nazis sagen, so müsse man doch ihr Recht verteidigen, es öffentlich sagen zu dürfen; man müsse ihr demokratisches Recht auf Versammlungsfreiheit verteidigen, man dürfe den Boden der Legalität nicht verlassen usw. Wer irgendein vermeintlich demokratisches Recht der Nazis verteidigt, sollte sich hingegen im klaren sein, dass diese Handlung ein Widerspruch in sich ist; entweder man verteidigt die Demokratie oder man verteidigt die Nazis (deren politisches Ziel ja bekanntlich eine Diktatur ist) - beides geht nicht.

An zahlreichen Beispielen kann verdeutlicht werden, dass es ein hochgefährliches Unternehmen ist, die Aktivitäten der Nazis zuzulassen. Denn 1933 hat dieses Tun in Deutschland die Nazis überhaupt erst an die Macht gebracht. Damals war es sowohl der - bereits stalinisierten - Kommunistischen Partei (KPD) als auch der SPD wichtiger, sich gegenseitig zu bekämpfen, als eine Kampfseinheit gegen die Nationalsozialisten einzugehen. Die KPD hat kampflos vor dem Nationalsozialismus kapituliert, indem sie die Losung ausgab, nach Hitler käme sie, und die Sozialdemokraten als gefährli-

chere Feinde einstuft als die Nazis.

Die SPD ihrerseits exerzierte durch, wie aussichtslos ein parlamentarischer und legaler Kampf gegen die Nazis ist, noch dazu, wenn sie vom großen Kapital gepuscht werden. Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, stützte sich die SPD auf den deutschen Staat und die Polizei, um die Demokratie zu verteidigen. Der Führer der Sozialdemokratie, Otto Wels, rief die Menschen dazu auf, unbesorgt zu sein: Das Kabinett sei nicht rein nationalsozialistisch, sondern eine Koalition aus deutschen Nationalisten und Nazis; nur drei der zwölf Regierungsmitglieder seien Nazis, der Rest Konservative; Hitler habe dem Reichspräsidenten unter Eid erklärt, er werde die Weimarer Verfassung schützen und die Freiheit der Presse nicht antasten; Wilhelm Frick der Innenminister der NSDAP, verspreche sogar, die Kommunistische Partei nicht zu verbieten.

Nur ein paar Monate später waren die Kommunistische Partei verboten und die sozialdemokratischen Kandidaten für die anstehende Wahl verhaftet. Als das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 den Reichstag passierte, um Hitler uneingeschränkte Macht zu geben, war Otto Wels zwar dagegen, aber er stellte klar, dass seine Partei als legale Opposition keine Gewalt einsetzen werde und nur den gesetzlich zulässigen Widerstand leisten werde. Bekanntlich dauerte es nur noch eine Woche, bis auch die letzten führenden Kommunisten und Sozialdemokraten sich hinter dem Stacheldraht der Konzentrationslager wieder sahen. So konnte Hitler 1934 rückblickend resümieren:

„Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können - wenn unsere Gegner ihr Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unserer neuen Bewegung mit aller Brutalität zer schlagen hätten.“

Hitler hatte mit den Linken das gemacht, was sie mit ihm nicht gemacht hatten, und dafür sollten sie noch teurer bezahlen, als sie es ohnehin schon getan hatten - mit Bespitzelung, gnadenloser Verfolgung, Folter, Zwangsarbeit und Ermordung.

Wie wir die Nazis gestoppt haben

Allerdings hält die Geschichte auch Beispiele bereit, die zeigen, dass die Nazis gestoppt werden können, wenn

man nur entschlossen genug gegen sie vorzugehen bereit ist. In den meisten europäischen Ländern hat es seit Mitte der 20-er Jahre faschistische Bewegungen gegeben - so auch in England die von Sir Oswald Mosley geführten Schwarzhemden. Aber hier wurde die Bewegung 1936 gestoppt, als sie eine Mitgliedschaft von immerhin 20.000 verbuchen konnte. In einer Machtdemonstration hatten Mosleys Schwarzhemden es vor, in den überwiegend jüdischen Kern des Londoner East Ends einzumarschieren. Die Bobbies, die britischen Polizisten, hatten sogar die Anweisung, das Vorhaben zu unterstützen.

Trotzdem gelang es der britischen Kommunistischen Partei, so viele Menschen zu organisieren, die Barrikaden errichteten und die Nazis in der Schlacht auf der Cable Street schließlich mit Fäusten und Knüppeln attackierten, dass die Nazis ihr Vorhaben abbrechen mussten. Und obwohl an diesem Tag zahlreiche Antifaschisten von der britischen Polizei verhaftet wurden, war das ein Schlag gegen Mosley, von dem seine Bewegung sich nicht wieder erholen sollte.

Anstatt sich als ‚kräftiger Arm‘ der ‚schweigenden Mehrheit‘ profilieren zu können, hat das Nazipack den Schwanz eingezogen und die Flucht ergriffen. Die so verlorene Glaubwürdigkeit als ‚starker Führer‘ hat der britische Faschismus so schnell nicht wieder erlangen können.

In Deutschland gibt es ähnliche Erfahrungen. Als Mitte der 70-er Jahre eine Wirtschaftskrise zu Massenentlassungen führte, setzte die NPD - zunächst erfolgreich - auf Großaufmärsche. Nachdem es ihr am 17. Juni 1977 gelang, mit 3.000 Anhängern unter Großdeutschland-Parolen durch Frankfurts Innenstadt zu demonstrieren, bekam sie regen Zulauf von jungen Leuten.

Einen Folge-Marsch im Jahr darauf wollte ein Antifa-Bündnis verhindern, das sich aus der damals noch starken revolutionären Linken der 68-er Studentenbewegung zusammensetzte. Es mobilisierte 7.000 Menschen zum Kundgebungsort der Nazis. Die Polizei setzte Wasserwerfer und meterlange Holzknüppel ein, um - wie sie auf einem Flugblatt erklärte - „das Grundrecht der Versammlungsfreiheit zu schützen“! Nach mehrstündiger Straßenschlacht zwischen Antifaschisten und Polizei untersagte es die Polizeiführung der NPD, mit deren 4.000 Demonstranten in die Innenstadt zu kommen - sie hatte die linken Gegendemon-

stranten nicht vertreiben können.

Weil man es geschafft hatte, die Nazis daran zu hindern, ihre vermeintliche Stärke zur Schau zu stellen, erwies sich die Gegendemonstration als Durchbruch der antifaschistischen Bewegung der BRD, obwohl die bürgerlichen Politiker und Journalisten Hetzkampagnen gegen die Linken starteten. In vielen Städten bildeten sich Antifakomitees, und am 17. Juni 1979 belagerten 50.000 Antifaschisten die Frankfurter Innenstadt - trotz eines Demonstrationsverbotes, das die Polizei aber gar nicht erst durchzusetzen versuchte. Die Nazis mussten schon auf den Autobahn-Zufahrten umdrehen. Das Bündnis ‚Rock gegen Rechts‘, das sich nach dem erfolgreichen britischen Vorbild ‚Rock against Racism‘ gebildet und zur Gegendemonstration aufgerufen hatte, umfasste außer der revolutionären Linken auch zahlreiche SPD- und Gewerkschaftsorganisationen.

Der radikale Flügel der Antifabewegung unter Führung der revolutionären Linken übte damals noch genügend Druck auf die übrige Linke aus, dass eine kämpferische Einheit zustande kam, in der sich Entschlossenheit und politische Breite gegenseitig ergänzten. Von dieser tiefen Niederlage konnte die NPD sich erst 20 Jahre später wieder erholen.

Fazit

Dass die Faschisten sich heute wieder auf den Straßen zeigen und demonstrieren, zeigt, dass man den Kapitalismus ohne Nazis nicht haben kann. Kurzfristig braucht der Staat sie als Schlägertrupp für die Durchsetzung politischer Projekte, wie z.B. der faktischen Abschaffung des Asylrechtes 1991. Langfristig kann sogar eine Situation eintreten, in der das Kapital befürchtet, mit der Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie nicht mehr Herr der Lage bleiben zu können. Sollte dies in einer Wirtschaftskrise der Fall sein, in der sich viele Kleinbürger in ihrer Existenz bedroht sehen, können genau sie, die zuvor das Fundament für das Bestreben nach ‚Ruhe und Ordnung‘ gebildet haben, zur Basis einer faschistischen Massenbewegung werden. Der bürgerliche Staat kann dann auf diese Bewegung zurückgreifen, wenn er eine Diktatur errichten will - was er 1933 ja auch bereits getan hat.

Somit ist klar: Staat und Kapital werden im Kapitalismus niemals darauf verzichten, sich eine Reservearmee zu halten, die jederzeit am Grundgesetz und bürgerlichen Recht vorbei mobilisierbar

ist. Lediglich die Größe der Naziorganisationen wird sich von Regierung zu Regierung ändern. Die SPD wird in der Regel der Meinung sein, die Faschisten von Polizei und Verfassungsschutz so klein wie möglich zu halten, für CDU und CSU darf's dann schon etwas größer sein.

Wir können die Nazis also nur immer wieder in ihre Schranken weisen, der bürgerliche Staat wird abermals dafür sorgen, dass sie nach jeder verlorenen Schlacht wieder aufstehen können, um ausländische oder kämpferische Kollegen und Linke zu terrorisieren. Um nicht nur kleine Kämpfe gegen die Nazis zu gewinnen, sondern auch den Krieg gegen den Faschismus, müssen wir also das ganze kapitalistische System stürzen. Aber bis es soweit ist, gilt:

Niemals zulassen, dass die Nazi-Gefahr verharmlost wird; aus den vermeintlichen Spinnern von heute können die Provokateure und Schläger von morgen und die Todesschwadronen von übermorgen werden.

Jedlichem Versuch, den Nazis Propagandafreiheit zu verschaffen, beherzt entgegenzutreten; wir müssen den Brandstiftern ihre Verkleidung als Biedermänner herunter reißen.

Immer versuchen, den harten Kern der Nazi-Organisationen, den es im Kapitalismus immer gibt, von ihrem weichen Umfeld zu trennen und ihn somit politisch zu isolieren, wobei die Jagd auf einzelne Nazis keine erfolgreiche Taktik sein kann, da es sie überhaupt nicht daran hindert, ihre Organisationen weiter aufzubauen.

- **Alle Versuchen der Nazis, ihre Stärke öffentlich zur Schau zu stellen, verhindern oder ihnen wenigstens entgegenzutreten.**
- **Niemals auf die bürgerlichen Gerichte und die Polizei vertrauen, die die Nazis eh nicht wirklich stoppen wollen, sondern nur auf die eigene Kraft.**
- **Jederzeit versuchen, auch reformistische Organisationen immer wieder für eine breite Antifa-Bewegung in einer Einheitsfront zu gewinnen.**
- **Jede Form von Rassismus bekämpfen, da er den Nazis nur in die Hände spielt.**

**NAZIAUF-
MARSCH
AM 8.9. IN
KÖLN
VERHIN-
DERN!!!**



**Kundgebung und
D e m o
S a m s t a g ,
0 8 . 0 9 . 2 0 0 1
um 10.30Uhr -
Offenbachplatz**

Ein neuer Stil in der amerikanischen Politik



Was wir aus der bisherigen Amtszeit Bushs alles lernen können

☆ Nina Wegen

Schon vor seiner Wahl gingen dem neuen Präsidenten der USA, George Walker Bush, einige Spekulationen voraus. Hauptanlass war sein bis Deutschland reichender Ruf als US-Rekordhalter im Unterschreiben von Todesurteilen. Sollte er als Präsident auch in anderen Bereichen eine so aggressive Politik betreiben? Wie sollte die Regierung unter der „Gallionsfigur des amerikanischen Konservatismus“ (*Der Spiegel*, 17/2001, S. 137) aussehen, und was veranlasst einen Berater der französischen Regierung dazu, die Außenpolitik Washingtons als „rücksichtslos, unsensibel, fundamentalistisch“ (ebd.) zu beschreiben?

Alles begann mit der Ablehnung des Klimaabkommens von Kyoto über die Treibhausgase. Scheinbar ohne Sicht auf die Konsequenzen wurde die Verringerung des Kohlendioxidausstoßes, für die sich Europa deutlich aussprach, zurückgewiesen. So unternahmen die USA nicht nur einen wahrscheinlich nicht rückgängig zu machenden Schritt gegen die Umwelt, sondern sprachen auch einen Affront gegen das umweltpolitisch längerfristig denkende Europa aus. Statt sich für das Überleben des Planeten einzusetzen, folgte Bush seinen kurzweiligen Prioritäten: Die Ablehnung des Klimaabkommens bedeutete nämlich auch, dass keine Einschränkung der amerikanischen Wirtschaft durch Umweltauflagen zu befürchten war.

Ein weiterer Schlag in der Umweltpolitik ist Bushs geplante Ölförderung in den Naturschutzgebieten Alaskas. Dieses Vorhaben muss zwar noch vom Umweltausschuß genehmigt werden, die Richtung von Bushs Umweltpolitik ist aber trotzdem ganz klar: Wirtschaftsinteressen sind ihm wichtiger als die Erhaltung der Natur. Hierbei darf man nicht vergessen, dass die USA auf dem Weltmarkt die Nase vorne haben, wenn ganz Europa Geld für Umweltmaßnahmen ausgibt, denn wer für die Produktion unnötige Ausgaben spart, hat bekanntlich im Kapitalismus die besten Chancen auf Profit und so die Möglichkeit, den Gegner anzustechen.

Aber das war noch lange nicht alles. Auch in seiner Außenpolitik schlägt Bush einen radikalen Weg ein. Die erneute Bombardierung des Irak, der Hinauswurf russischer Diplomaten aus den USA, die Planung eines Raketenabwehrschirms und Aufklärungsflüge über China, die mit einer Geiselnahme der Flugmannschaft durch die Volksrepublik endeten, rechtfertigen die Kritik. Ganz deutlich wird hier der Weltmachtanspruch der USA, die sich nun ganz deutlich von anderen Ländern abgrenzen, sie in ihre Grenzen verweisen und ihnen zu verstehen geben, dass die USA die Supermacht ist, die kein Problem damit hat, andere Länder auszuspionieren, gegen dergleichen in ihrem Land jedoch knallhart vorgeht. Wichtig hierbei ist, dass all diese Ereignisse eine Art Mit-

den-Muskeln-spielen und Grenzen-abtesten sind, da das Risiko einer Eskalation und eines darauf folgenden Krieges in Kauf genommen wurden. Bush schreckt also auch vor diesen Schritt nicht zurück.

Für die USA ist es ja auch eng geworden auf dem Weltmarkt. Hatten sie einst die Nase weit vorn mit ihren Exporten, so geraten sie mittlerweile immer mehr ins Hintertreffen. Statt US-amerikanischem Know-how ist beispielsweise immer mehr deutsche Technologie gefragt, wie etwa die Magnet-Schwebbahn Transrapid, die China importieren will. Auf der internationalen Luftfahrzeug-Messe im französischen Toulouse hat Europa 127 Airbuses verkaufen können - während die Vereinigten Staaten sich mit Aufträgen über gerade mal 3 Boeings begnügen mussten. Wirtschaftlich lag die Stärke der USA lange Zeit in ihrer rücksichtslosen Wildwest-Mentalität begründet - kurzfristig führte es ja auch zum Erfolg, die Umwelt, die soziale Frage usw. vollständig zugunsten der Wirtschaft zu ignorieren. Langfristig aber werden wohl eher japanische und europäische Autos mit einem spritarme-



ren Verbrauch global den Markt beherrschen, statt amerikanische Limousinen, die auf 100 Kilometern 20 Liter Treibstoff lassen.

Dazu, mit George W. Bush einen Mann ins Weiße Haus zu puschen, dessen hervorstechendste Charaktereigenschaft die Aggressivität ist, haben die herrschende Klasse der USA wohl genau diese immer schlechter werdenden Bilanzen veranlasst. Sogar drohende Straßenschlachten und ethnische Krawalle wurden dafür in Kauf genommen, als die

Polizei die schwarzen und hispanischen Ghettobewohner Floridas am Gang zu den Wahlurnen hinderte. Was die Herrschenden unter anderem auch dieses ‚Risiko‘ auf sich nehmen ließ, war ihre Hoffnung, mit den dicken Backen, die der US-Präsident macht, dem harten Wind trotzen zu können, der in der Wirtschaftswelt bläst.

Als letzter Punkt ist Bushs Sozialpolitik zu nennen. Auf inzwischen 45 Verordnungen beläuft sich die Zahl der staatlichen Regeln zum Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz, die ganz oder teilweise entfallen sollen. Positiv für die Bürger klingt zunächst das Versprechen einer drastischen Senkung der Steuersätze, die Realität sieht leider nicht so rosig aus. Am meisten profitieren von dieser Regelung nämlich die Leute, die Bush im Wahlkampf durch Parteispenden unterstützt haben, also die jetzt schon Vermögenden. Während die Durchschnittsamerikaner eine Steuerersparnis von durchschnittlich 20-60 Dollar pro Monat erwarten können, werden 40% der versprochenen 1,6-Billionen-Dollar-Rückzahlung an Bürger mit einem Steuereinkommen über einer Millionen Dollar gegeben.

Dies ist aber nicht alles, denn statt dessen muss die nicht so wohlhabende Bevölkerung auch noch mit den Einsparungen der neuen Regierung kämpfen. Das „Fett“, das Bush „abbauen“ will, findet sich nämlich hauptsächlich bei den Sozialausgaben. So wurden z.B. gleich zu Beginn der Amtszeit drei Programme im Sozialhaushalt zusammengekürzt, die vor allem Geringverdienern mit Kindern zugute kamen. Hierbei handelte es sich um Beihilfe für Kinderbetreuung für FÜRsoegeempfänger bei Arbeitsaufnahme, die Ausbildung von Kinderärzten an öffentlichen Kliniken und Erziehungsfonds für Kleinkinder unter fünf Jahren. Paul Krugman, ein renommierter Ökonom



„Nicht das Volk, sondern das Geld wählt“ - Bush Gegner in den USA

und Professor am Massachusetts Institute of Technology bezeichnete dieses Vorgehen als eine Art neuem „Klassenkampf“ derer „da oben“ gegen die „da unten“ (Der Spiegel 17/ 2001, S. 141). Im ganzen betrachtet lässt sich die Politik Bushs somit auf eines seiner Zitate reduzieren: „Wir werden alles unterlassen, was unserer Wirtschaft schaden könnte“ (Ebd., S. 140).

Trotzdem hat sein rücksichtsloses Vorgehen auch seine Grenzen. Nur im Moment profitieren Bushs Wahlkampfspensoren noch von seiner Präsidentschaft, wie etwa Microsoft-Chef Bill Gates. Sämtliche kartellrechtlichen Anklagen gegen dessen Software-Monopol sind im Gegenzug zu seinen millionenschweren Spenden an die Republikaner fallen gelassen worden. Da aber nur administrative Maßnahmen (wie Erpressung, Gängelung der Kunden usw.) eben diese Monopolstellung begründen und keineswegs die Qualität der Microsoft-Produkte, wie es etwa bei Intel mit sei-

nen Prozessoren der Fall ist, wird langfristig weder George Bushs noch Bill Gates' offensive Taktik von Erfolg gekrönt sein.

Die US-amerikanischen Wirtschaftskapitäne haben Bush nur aus Angst auf den Thron im Weißen Haus gesetzt. Der Linken hier droht nun die Gefahr, auf einen Antiamerikanismus - und damit auf eine Form Nationalismus - hereinzufallen, der völlig fehl am Platze ist; das Problem ist nicht der amerikanische Kapitalismus, sondern der Kapitalismus schlechthin: Denn sollte die EU ökonomisch zur Nummer eins avancieren, wird sie in einer ähnlichen Situation genau dieselbe Rücksichtslosigkeit an den Tag legen wie die USA.



K l a s s e n k a m p f A b o

KLASSENKAMPF Jahresabo (6 Ausgaben) - DM 20,- / 10,- € inkl. Porto

NAME _____

STRASSE _____

PLZ ORT _____

Tel. _____

Geld schicken an: N. Nelte, Nesselrode Str. 28, 50735 Köln
oder überweisen (Vermerk KK-Abo) auf Postgiroamt Hannover
(PGA), BLZ 250 100 30, Kto. Nr. 1409 93-301

Der Neue Markt

Fortsetzung der Rückseite

als vorher in der Baubranche mit 5%. Bei 3,1% hätte es sich für A eher gelohnt, das Geld nicht in die Computerproduktion zu investieren, sondern zur Bank zu bringen, da gibt es ja noch mehr Zinsen. Und die Entlassungen haben unserem Kapitalisten auch nichts genutzt.

Der Profit ist im Keller, die Aktien stehen wieder da, wo sie waren, als er einstieg, und zu allem Überflus verlangen jetzt seine Arbeiter einen Betriebsrat. Erst sahen die sich als etwas Besonderes an.

Der Profit ist im Keller, die Aktien stehen wieder da, wo sie waren, als er einstieg, und zu allem Überflus verlangen jetzt seine Arbeiter einen Betriebsrat. Erst sahen die sich als etwas Besonderes an. Nun sehen sie plötzlich, dass auch die IT-Branche nur mit Wasser kocht und auch sie nur gemeinsam stark sind.

Der Marxismus ist durch den Computer nicht außer Kraft gesetzt worden. Alle bürgerlichen Ökonomen und auch viele Ex-Linke propagierten bereits das Ende der Geschichte, wonach der Kapitalismus bereits seine alte Krisenanfälligkeit überwunden habe oder zumindest alternativlos dastehe.

In den Marxistischen Blättern Nr. 2/1992 der DKP analysierte beispielsweise ein Herr Schuhler, dass der tendenzielle Fall der Profitrate gar nie existent war und begründete dies mit der Produktivitätssteigerung.¹ Dass es eine Produktivitätssteigerung gibt, war nie umstritten, nur, dass diese den Fall der Profitrate

auffange, ist eben ein bürgerliches Vorurteil.

Das hat schon Marx gewusst. Am Anfang ergeben sich für den Markteinführer unumstritten Sonderprofite. Nachdem dessen neue Produktionsweise sich aber allgemein durchgesetzt hat, sinkt mit den Kosten der Wert des Produktes und damit der Preis. Die Profitrate fällt gerade wegen der Investitionen unter den vorigen Stand.

In dem Beispiel von Schuhler könnte man die Profitrate langfristig nur unter der Bedingung halten, indem die Nachfrage die Wertschöpfung versechsfacht² oder die Arbeiter weniger Lohn bekommen.

Also, solange die Nachfrage (Bedarf zahlungskräftiger Kunden) bei Computern rasant stieg, konnte die Profitrate gehalten werden. Sobald der Absatz aber stagnierte, fiel die Profitrate durch die Konkurrenz und die dadurch fallenden Preise unter die Profitraten der anderen Branchen, da im Neuen Markt die organische Zusammensetzung des Kapitals besonders hoch ist.

Die organische Zusammensetzung des Kapitals drückt das Verhältnis des konstanten Kapitals zum Lohn aus $= c/v$. In Betrieben mit teuren Maschinen, wie in den meisten der Computerindustrie, ist diese entsprechend hoch. Beispielsweise hatte Yahoo mit 176 Mrd. DM vor einem Jahr einen höheren Aktienwert als Veba, VW, Metro und BASF und die Lufthansa zusammen (174 Mrd. DM und 563.000 Arbeiter), und das mit nur 1.100 Arbei-

tern. Die vier Firmen des etablierten Marktes hatten pro Mitarbeiter einen Aktienwert von 312.000,-DM, Yahoo dagegen einen von 158.000.000,-DM.

Wenn das Verhältnis von c zu v hoch ist, weil der Maschinenanteil (c) hoch und der Lohnanteil (v) niedrig ist, ist natürlich v zu c niedrig. Unter der Annahme, dass die Ausbeutungsrate m/v (Mehrwert/ Lohn) gleich bleibt, ist bei niedrigem v auch m niedrig, d.h., dass dann auch die Profitrate $m/(c+v)$ niedrig ist.

Das bedeutet, je maschinenintensiver eine Produktion ist, desto schneller fällt diese Branche in die Verlustzone. Bei einem so hohen Anlagenkapital wie von Yahoo (und der hohe Aktienwert lässt in der Regel auch auf einen hohen konstanten Kapitalwert schließen) und so wenig Arbeitern kann keine lukrative Profitrate mehr erzielt werden. Die Quelle des Mehrwerts, die Arbeiter, tendieren gegen Null und der Anlagenteil steigt ins Unermässliche: Wenn also der Mehrwert m niedrig ist und das konstante Kapital c hoch, dann ist die Profitrate $= m/(c+v)$ sehr, sehr niedrig.

Der Fall des neuen Marktes zeigt, dass die Krisen immer tiefgehender werden. In der Boomphase war die hohe Profitabilität für die Kapitalanleger natürlich besonders attraktiv. Wie ein Magnet hat der neue Markt besonders viel Geld angezogen. Je schneller er aber Geld an sich gezogen hat, umso schneller wurde die neue Produktion auch zum gesellschaftlichen Durchschnitt und desto schneller ist auch der Fall eingetreten.

Es zeigt sich also, dass die Krisen nicht nur tiefgehender sind, sondern auch länger andauern und die Boomphasen immer kürzer werden. Das Ergebnis ist, dass eine High-Tech-Firma nach der anderen Verluste anmeldet. Von 169 Firmen, die 2000 an die Börse gingen, liegen schon 124 mit ihren Aktien unter ihrem Emissionspreis (Einstandswert). Über den Blues im neuen Markt titelt der Spiegel am 26.3.:

„Endzeitstimmung im Silicon Valley: Wo noch vor einem Jahr die Euphorie der New Economy tobte, drohen nun massenhaft Entlassungen und Firmenpleiten. Allein die US-Technologiebör-

se Nasdaq verlor über 60 Prozent ihres Werts. Rund 3,5 Billionen Dollar Papiervermögen lösten sich in nichts auf. Gefeierte werden allenfalls noch bittere ‚Pink Slip Partys‘, benannt nach der in den USA üblichen Farbe für Kündigungsschreiben.“

In Deutschland sank der Nemax, der deutsche Aktienindex des Neuen Marktes von seinem Höchstwert am 10. März 2000 von 8.559 auf 1.494 am 17. April 2001, das sind ein Minus von 83% innerhalb eines Jahres. Wenn der Motor der Wirtschaft seine Probleme hat, wird alles in's Stottern kommen. Die Krise in der „High-Tech-Branche [zieht] den Rest der Wirtschaft schneller und stärker in ein Konjunkturtief“ (Die Zeit). In Amerika sank das Wachstum des Bruttosozialproduktes bereits auf 1,0%, in Deutschland auf 2,9% und man rechnet für 2001 nur noch mit 2,1% statt der 3,4% auf dem Höchstpunkt.

Mit der derzeitigen Krise ist natürlich nicht das endgültige Ende des Kapitalismus eingeläutet. Es wird nach einiger Zeit, wenn die Löhne soweit gesunken sind, dass sich das Investieren wieder lohnt, wieder zu einem erneuten kleinen Aufschwung kommen. Aber dieser Aufschwung ist eben nur ein kleiner innerhalb des großen Abschwungs seit 1975, seit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit.

In den folgenden kleinen Aufschwüngen ist die Arbeitslosigkeit jeweils nur um wenige Hunderttausende zurückgegangen, in den folgenden Krisen aber jeweils um gut eine Million gestiegen. So auch dieses mal. Die Arbeiter müssen sich jetzt auf die nächsten Millionen Arbeitslosen einrichten und sollten ihre Kampftruppe ausrichten. Die paar Tausenden Entlassungen in der High-Tech-Branche werden nur ein kleiner Anfang sein.

Aber bevor die Arbeiter in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, wurden sie vorher noch wie Gänse gerupft und ihres mühsam angesparten kleinen Vermögens entledigt. Es waren hauptsächlich die privaten Kleinanleger, die leider 200 Milliarden DM seit 1997 in das Wettgeschäft steckten und die Kursverluste tragen. In

der Hauptsache kassierten Banken und Monopole die Kursgewinne ein. Bei der Deutschen Bank stieg der Gewinn um 102%, bei der Hypovereinsbank gar um 498%, das 6-fache zum Vorjahr.

Und zu guter Letzt werden die Arbeiter von dem Sozialdemokrat Schröder noch gezwungen, 20% ihrer Alterssicherung in diese Kapitalzerstörung zu investieren, bevor sie bei der ihr drohenden nächsten Arbeitslosigkeit durch die dann notwendige ergänzende Sozialhilfe auch noch den Rest abgeben müssen, da sie dann nur 2.000,-DM besitzen dürfen.

Im Kapitalismus gibt es keine Lösung mehr für die Arbeitermassen. Erst kämpfen sie für mehr Lohn, um dann wegen ‚Unrentabilität‘ auf die Straße gesetzt zu werden und schließlich ihr für das Alter Angesparte wieder abzugeben. Und wenn die restliche Wirtschaft sich auch noch eines großen Teils dieser Quelle entledigt, dann geht es eben mit ihr auch bergab.

Den Arbeitern bleibt auch heute wie zu Marx' Zeiten nur, ihre Sachen und die Konkursanmeldung des Kapitals in die eigene Hand zu nehmen.

Schließt Euch den Internationalen Sozialisten an.

Fußnoten:

¹ Vgl. N.Nelte, Tendenzieller Fall der Profitrate wirklich gestoppt?, in: Linke Opposition, 2 (1992), S. 10-15

² Profitrate / $p = m / c + v$. Um p zu halten, muss bei einer Verdoppelung von c bei gleichbleibendem Lohn / v und keinem Lohnvorschuss auch m , der Mehrwert, also auch der Umsatz verdoppelt werden. Eine Verdreifachung der Produktivität bedeutet auch eine Verdreifachung der Produktion, die auch abgesetzt werden muss. Zusammen also 2 mal 3 = 6

Die IS im Internet

aktuelle Termine

Klassenkampf
online lesen!
(jetzt auch Acrobat)

Bücherkiste
+ Shop

Linke Links

uvm.

www.InternationaleSozialisten.de

www.InternationaleSozialisten.de

Friedliche Nutzung der Kernenergie?

Claudia Wach

Im April rollte wieder mal ein Castor aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben. Die Frage ist, ob es uns verwundern muss, dass diese Transporte auch unter einer rot-grünen Regierung rollen dürfen.

Manch einer fragt sich vielleicht: Was ist los mit den Grünen? Immerhin gehörten sie zu den Atomgegnern und waren oft auch mit von der Partie, wenn es darum ging, große Aktionen gegen die Atomkraft zu organisieren. Diese Zeiten sind längst vorbei: Fakt ist, dass Bündnis 90/ Die Grünen nicht nur mit an der Regierung, sondern darüber hinaus jetzt auch mit verantwortlich dafür sind, dass die radioaktive Fracht aus La Hague nach Gorleben rollt. Wie ‚ernst‘ sie diese ‚Verantwortung‘ nehmen, bezeugen sie selbst:

„Wir [die Grünen] werden nicht zu Aktionen, Demonstrationen oder Blockaden aufrufen, die sich gegen den Atomkonsens wenden. ... Bündnis 90/ Die Grünen werden Atomtransporte zum Anlass nehmen, um weiterhin über die Gefahren der Atomenergienutzung und insbesondere über Sicherheitsfragen aufzuklären.“¹

Selbstverständlich bemühen sich die Grünen um Argumente, jedenfalls wenn es darum geht, die große grüne Verarschung versteckt zu halten. Und hier lassen sie sich jede Menge einfallen:

„Die alte Bundesregierung hat über Jahre tausende Tonnen Atommüll in die Wiederaufbereitungsanlage La Hague und Sellafield gebracht. ... Die Bundesregierung darf ihre Atommüllprobleme nicht im Ausland lösen und Frankreich zum deutschen Atomklo machen. ... Bündnis 90/ Die Grünen stehen zu der Verantwortung, das Problem des deutschen Atommülls national zu lösen.“²

Anstatt zuzugeben, dass man auch als grüne Partei in der Regierung nicht in der Lage ist, die Castortransporte zu stoppen, schiebt man die eigenen politischen Fehler der alten Regierung in die Schuhe.

Darüber hinaus verweisen sie gerne auf

ihren sogenannten Atomkonsens: Im wesentlichen enthält dieser Konsens die Begrenzung der Laufzeiten der AKWs, die Reduzierung der Zahl der Atomtransporte um ein Drittel, das Verbot der Transporte zur Wiederaufarbeitung ab 2005 sowie eine Verschärfung der Sicherheitsanforderungen.

Das alles hört sich im ersten Moment ganz gut an, wenn man mal davon absieht, dass bis zum heutigen Tage keine definitiven Restlaufzeiten für die bundesdeutschen Atomkraftwerke festgelegt wurden.

Es soll allerdings nicht der Eindruck entstehen, die Grünen hätten kein Interesse an der Abschaffung der Atomkraftwerke. Vielmehr läßt sich am Beispiel der Grünen eine ganz andere Dynamik erkennen, die Friedrich Engels schon damals erkannte:

„Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft dieser Klasse, die er vertritt ... Er findet sich notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun kann, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei, und was er tun soll, ist nicht durchzuführen. Er ist, mit einem Wort, gezwungen, nicht seine Partei, seine Klasse, sondern die Klasse zu vertreten, für deren Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muss im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigene Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, dass die Interessen jener fremden Klasse ihre eigenen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.“³

Vor dem Hintergrund dieses Zitates wird deutlich, dass die Grünen trotz ihrer derzeitigen Regierungsbeteiligung nicht in der Lage sind, die Interessen ihrer Basis wirklich durchzusetzen. Frei nach

dem Motto: Nicht der Wirt passt sich dem Erreger an, sondern der Erreger dem Wirt.

Überhaupt muss an dieser Stelle mit dem positiven Vorurteil aufgeräumt werden, dass die Grünen doch wenigstens früher viel für die Umwelt und den Frieden erreicht hätten, da bereits mit ihrer Gründung der Verrat an der Anti-Atom-Bewegung besiegelt wurde: Während die Bewegung in den 70-er Jahren auf eine außerparlamentarische Politik setzte, bestand die Aufgabe der grünen Partei von Anfang an in ihrem genauen Gegenteil. Die Grünen wurden gegründet, nicht um den Kampf der Bewegung zu forcieren, sondern um seine Energie in das bürgerliche Parlament zu lenken und den Kampfeswillen zu brechen. Zu keiner Zeit ging es den Grünen darum, das Parlament als Tribüne zur Unterstützung des außerparlamentarischen Kampfes zu nutzen, sondern die Basis sollte nur der Unterstützung der bürgerlichen Parlamentsarbeit dienen. Genau diese Tatsache bestätigt sich heute mehr denn je.

Damit es nicht ganz so offensichtlich ist, bedienen sich die Grünen weiterhin einer sogenannten verbalen Radikalität:

„Wir werden weiterhin für ein verantwortbares Endlagerungskonzept kämpfen, weil wir den Salzstock in Gorleben nicht für ein geeignetes Endlager halten.“⁴

Ihr Kampf besteht darin, dass sie sogenannte dezentrale Zwischenlager fordern, um Transporte zu zentralen Zwischenlagern überflüssig zu machen. Was aber wollen wir mit dezentralen Zwischenlagern, wenn wir doch die Atomkraft insgesamt abschaffen wollen? Neue dezentrale und vor allem überirdische Zwischenlager würden für die jeweiligen Anwohner nur ein zusätzliches Risiko bedeuten.

Die Menschen in Gorleben beklagen ja zurecht, dass die überirdische Lagerung des radioaktiven Materials gesundheitsschädlich ist.

„Man fand eine signifikant erhöhte Leukämierate bei Kindern, deren Väter in Sellafield angestellt waren.“

„Die immer wieder beobachtete Tatsache der erhöhten Krebsinduktion bei kleinen Strahlendosen und sehr niedrigen Dosisleistungen, ... darf nicht länger übergangen werden. Vielmehr müssen die Vorstellungen über die gesundheitlichen Auswirkungen niedrig dosierter Strahlenbelastung grund-

legend revidiert werden.“⁵

Es wird klar, dass es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Interessen der Grünen und der Bevölkerung gibt: Die Bevölkerung will um keinen Preis irgendeine Strahlung abbekommen. Die Grünen wollen aber eine Kompromissstrahlung zulassen und vor allem über die Risiken aufklären, obwohl dies schon längst nicht mehr vonnöten ist.

Die Grünen sollten, statt ihrer arroganten Aufklärungsversuche, lieber einmal die Frage beantworten, wieso es nach wie vor noch kein unterirdisches Endlager für den sogenannten Atommüll gibt. Diejenigen Lager, die heute als ‚Endlager‘ geplant sind, dienen keinesfalls dazu, radioaktivem Material, das gesundheitsschädliche oder tödliche Strahlung absondert, die letzte Ruhestätte zu bieten. Sie dienen als Zwischenlager für das Uran, das aus den AKWs kommt und bei Bedarf den Herrschenden für waffentechnische Nutzung bereit stehen soll. Ein wirkliches Endlager auf bundesdeutschem Gebiet würde das gefährliche Uran fern jeden Zugriffs tief unter die Erde verbannen und die aufwendige und kostenintensive Hin- und Herschieberei von Atommüll doch augenblicklich überflüssig machen.

Schaut man sich die Fakten an, fragt man sich überhaupt nach dem Sinn für die augenscheinlich konsequent gegen jede Vernunft betriebene Atompolitik der BRD: Atomkraftgegner wiesen bereits in den 70-er Jahren nach, dass Atomkraftwerke in der Bauphase und später während des Betriebes viel mehr Strom verbrauchen, als sie je produzieren können.

Dies zeigt schon, dass sich hinter der nicht enden wollenden Rangelei um die Atomkraft etwas ganz anderes steckt:

„Wer ein AKW bauen kann, kann auch die Bombe bauen. Für die Herstellung von Atombomben sind entweder Plutonium 239 oder Uran 235 notwendig. Ersteres fällt bei sogenannten Schwerwasserreaktoren als Atommüll an. Letzteres ist in der Natur in sehr geringem Umfang erhalten, fällt jedoch bei der Anreicherung von natürlichem Uran an, wie sie zum Betrieb der sogenannten Leichtwasserreaktoren vorgenommen wird.“⁶

Die tatsächlichen Wertstoffe sind demnach Uran und Plutonium. Streng genommen gibt es gar keine Atomkraftwerke, die zur Beschaffung von Plutonium missbraucht werden können, sondern

nur Atombombenfabriken, die keinem anderen Zweck unterliegen, als an die Bombe zu gelangen.

Ein Indiz hierfür ist, dass der Staat die Stromkonzerne nur mit milliardenschweren Subventionen davon überzeugen konnte, Uran zu produzieren und als Energieerzeugung zu tarnen. Dass die Industrie kein Interesse daran hatte, mit nuklearem Material zu arbeiten, sondern dass die aufeinander folgenden Regierungen das Atomprogramm mit Nachdruck verfolgten, beschreibt ein Buch, das demnächst erscheinen wird. Geschrieben wurde es im Auftrag des Stromriesen RWE, der dem als links und kritisch bekannten Autor eigens zu diesem Zweck die Tore seines Archivs öff-



Strom ist nur die Abwärme der Atombombenproduktion

nete.

Der Strom, den Atomkraftwerke produzieren, ist nur ein Nebenprodukt. Wenn z.B. Daimler-Benz Autos produziert, fällt das Nebenprodukt Abwärme an, die das Werk als Strom verkauft. Daimler-Benz würde aber nie auf die Idee kommen, sich als Stromkraftwerk zu bezeichnen.

Natürlich darf das Kapital aus einem einfachen Grund seine Atomkraftwerke nicht Atombombenfabriken nennen: Im Atomwaffensperrvertrag von 1969 wird

geregelt, dass alle Nicht-Atomkräfte sich nicht um Atombomben bemühen und die damaligen Atomkräfte (Frankreich, Britannien, UdSSR, USA) ihre nukleare Waffentechnik nicht weitergeben. Das deutsche Kapital kann also nicht offen zugeben, dass es ein besonders großes Interesse daran hat, mit zu den mächtigsten Staaten zu gehören - zu den Atomkräften. Deutschland braucht, wenn es in der Liga der Top-Imperialisten mitspielen will, die Möglichkeit auf die Schnelle eine Atombombe herstellen zu können. Der vermeintliche Müll in Gorleben wird somit zu einem kostbaren und wirkungsvollen Instrument der herrschenden Politik. Würde es sich bei der radioaktiven Fracht der Castoren tatsächlich um Atommüll handeln, so hätte man doch längst den sogenannten Atommüll 1.000 m tief in der Erde verbuddelt oder ihn auf den Mond geschossen.

Und während der grüne Umweltminister Jürgern Trittin salbungsvoll über die „Unumkehrbarkeit“ des Ausstiegs aus der Kernenergie redet, wird im bayerischen Garching ein Reaktor gebaut, der - nach eigenem Bekunden - zu „Forschungszwecken“ (!) mit schwer angereichertem Uran arbeitet - dem Material, das für die verheerendsten Atombomben benötigt wird, die derzeit hergestellt werden können. Wenn nun also schon - relativ - offen Forschung für Massenvernichtungswaffen betrieben wird, könnte man ja meinen, wenigstens der Betrug höre auf, Uranproduktion als Energiegewinnung zu kaschieren. Nicht einmal das ist allerdings gewährleistet. Gewährleistet ist vielmehr durch die vorgesehenen Restlaufzeiten vieler AKWs über Jahrzehnte, dass eine künftige CDU- oder eine unter Druck geratene SPD-Regierung gar nicht erst ‚wieder einsteigen‘ muss in den Atomstrom, sondern das Programm nahtlos weiter ablaufen lassen kann.

Fußnoten

¹ Beschluss des Parteirat Bündnis 90/ Die Grünen, 27. März 2001, www.gruene.de

² Ebd.

³ Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg, Marx Engels Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S.400, f

⁴ Beschluss des Parteirat Bündnis 90/ Die Grünen, a.a.O.

⁵ Ärzte gegen Atomkrieg, 1992, S. 17 Haenisch, Horst, Um jeden Preis: Atompolitik in der BRD, Hannover 1977, S. 35

Pulverfass Kaspischer Raum

Frank Langengriepen

Im Streit um strategische Erdöl-Ressourcen in der Kaukasusregion bahnt sich der nächste große Konflikt der imperialistischen Staaten an.

Zwar handelt es sich hierbei auch um Verteilungskonflikte zwischen den einzelnen Kaukasusstaaten, weil seit Zusammenbruch der Sowjetunion noch keine verbindliche Regelung gefunden wurde. Im Hintergrund pokern aber schon heftigst die großen Industrie- und Militärmächte der Welt nach einer Manier um Konzessionen, die an den vorübergelebten Kalten Krieg erinnern. Ihnen gehen langsam die Ölvorräte aus, während der Bedarf an Energie weltweit steigt.

Im April wollten sich nach mehreren Vertagungen die fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres - Russland, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Iran - nun endlich treffen, um eine Regelung für die Aufteilung der Nutzungsrechte des Meeres zu finden. Eine Aufteilung nach dem Seerecht lässt sich auf das Binnengewässer nicht anwenden, was die ganze Sache erst so kompliziert macht. Die von Iran vorgeschlagene gleichmäßige Verteilung, d.h. für jedes Land 20%, würde allein ihm selbst nutzen, dem nach der bisherigen Regelung nur 13% zugesprochen wurden. Kasachstan und Aserbaidschan (bisher 29 bzw. 21%), lehnen diesen Vorschlag ab. Viel kam also nicht dabei herum. Es wurde erneut vertagt. Doch mit jedem weiteren Herausögern vergrößern sich die ohnehin schon bestehenden Spannungen.

Der Kuchen, um dessen Verteilung es geht, ist ein 350.000 km² großes Binnenmeer mit reichen Erdöl- und -gasvorkommen, die es zum ‚Persischen Golf des 21. Jahrhunderts‘ machen. Die bereits gesicherten Erdölvorkommen belaufen sich nach Schätzungen auf 20-

30 Milliarden Barrel, vergleichbar mit denen der Nordsee oder der USA. Manche Schätzungen gehen sogar von 200 Mrd. Barrel aus. Dies entspräche dann drei, bzw. 20% der Weltreserven (zum Vergleich: in Saudi Arabien lagern 25%, in den Vereinigten Arabischen Emiraten 10%). Die Erdgaslager in Turkmenistan sollen die dritt- oder viertgrößten der Welt sein. Kasachstan gilt außerdem als eines der wichtigsten Bergbauländer der



20% der Weltölreserven werden hier vermutet

Welt: „Von den 112 Elementen des chemischen Periodensystems kommen mehr als zwei Drittel in Kasachstan vor“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Januar 1997). Dazu kommt die geografische Nähe zu den Verbrauchern in Europa, Süd- und Südostasien und natürlich Russland.

Die Mehrzahl der Pipelines aus der Region heraus führen über russisches Gebiet. Im April 1999 ging man vom nahenden Ende des russischen Kontrollmonopols aus und nahm eine Pipeline von Baku bis an die georgische Schwarzmeerküste in Betrieb. Einziges Problem dabei war die zu geringe Durchfahrtskapazität des Bosphorus, weshalb die USA nun planen, eine ca. 1.730 km lange Pipeline zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu bauen. Da diese durch kurdisches Gebiet laufen wird, ist ein

Abschluss des Projektes nicht vor 2004 zu erwarten.

Desweiteren rentiert sich die Umsetzung auch nur mit Kasachstans Unterstützung, da die Kapazität der Pipeline von 50 Millionen Tonnen nur so ausgelastet und rentabel wäre. So besuchte im letzten Jahr die damalige US-amerikanische Außenministerin Albright die kasachische Hauptstadt Astana und zu verkündete: „Ich bin hier, um unsere enge Beziehung zu Kasachstan und unsere Unterstützung für seine Unabhängigkeit und Souveränität sowie die wirtschaftliche Entwicklung und demokratische Evolution klarzumachen.“ (Handelsblatt, 16. April 2000). Man ist sich nicht zu schade, diese Universalbegründung selbst dann zu benutzen, wenn sonnenklar ist, dass es, wie hier, um rein wirtschaftliche Interessen geht.

Bisher schätzten die USA ihren Zugriff als sicher ein. Allerdings ist die Koordination der verschiedenen Förderprojekte an den italienischen Erdölkonzern Agip vergeben worden, und China bekam bei der Ausbeutung der Erdöl-Vorkommen eine höhere Fördermenge zugesprochen als die Vereinigten Staaten. Die Angst davor, dem US-Multi Esso könne so der Rang abgelassen werden, kann auch der Auslöser für den Zwischenfall gewesen sein, den die Vereinigten Staaten in China provoziert haben (schließlich hätten sie nicht einfach Kasachstan bombardieren können). Nicht bloß die arrogante Haltung des amerikanischen Staates ließ ihn das vermeintliche ‚Recht‘ der Supermacht ausüben, über der Volksrepublik Spionageflugzeuge kreisen lassen zu dürfen. Die herrschende Klasse der USA sieht ihre Felle davon schwimmen und



meint scheinbar, ihre Position als Oberimperialist dadurch halten zu können, dass sie ihren Präsidenten aus Texas Cowboy spielen lässt. Dabei mutete das diplomatische Muskelspielen fast schon an wie Kriegsgetrommel.

Wir haben es hier mit einem klaren Anzeichen dafür zu tun, dass der bipolare Imperialismus - in dem sich USA und UdSSR gegenüber gestanden haben und der Rest der Nationen sich für die Seite einer der beiden Supermächte entscheiden musste - dem multipolaren Imperialismus Platz gemacht hat. Im Endeffekt handelt es sich um eine ‚Rückkehr zu

1870‘, wo die Grenzen nicht entlang zweier Blöcke verlaufen, sondern sich verschiedene Nationen und Wirtschaftsräume (USA, Japan, EU, China usw.) um die Aufteilung der Welt streiten.

Und seit Putin in der GUS im Amt ist und das Bestreben an den Tag legt, Russland wieder zu einer Großmacht zu machen, werden die Karten auch am Kaspischen Meer neu gemischt. So hat Moskau bereits kürzlich ein Abkommen mit Kasachstan unterzeichnet, welches ihm nun den Löwenanteil an der dortigen Petroleumproduktion zusichert und auch die Ausfuhr und den Transport über russisches Staatsgebiet vorsieht - aus der Traum von der amerikanischen Megapipeline.

Was nun? Eine alternative Strecke durch den Iran ist für die USA nicht denkbar, da man noch nicht bereit ist, die seit Jahren bestehenden Sanktionen gegen den Erzfeind aufzuheben. Die ohnehin einfachste Lösung, eine Unterwasserpipeline, die das Öl an Iran und Russland vorbei in die Türkei transportieren soll, lehnten die beiden Länder ebenfalls ab. Wo es geht, versucht man die USA, deren Ölfirmen besonders führend unter den ausländischen Investoren und mit mehr als 100 Unternehmen in Kasachstan tätig sind, herauszuhalten.

Der Iranische Regierungschef Chatami erklärte so im März gemeinsam mit Putin, bezüglich der Verteilung der

Anteilsrechte im Kaukasus sei es „allein Sache der Küstenstaaten, den rechtlichen Status des Kaspischen Meeres zu klären und über seine Ressourcen zu verfügen“.

Wie Kasachstan ziehen nach und nach auch die anderen Staaten mit und kündigen sowohl militärische als auch wirtschaftliche Übereinkünfte mit den Amerikanern auf. Für sie ist die Kräfteverlagerung zugunsten Moskaus attraktiver, da man Russland mehr Kompetenz in der befürchteten Bedrohung durch das Vordringen militanter Islamisten zutraut.

Doch nicht nur die USA kämpfen händeringend um Einflussnahme. Die BRD unterzeichnete bereits 1992(!) ein Binnenschiffahrts-Abkommen mit Georgien über Transporte über die Donau und das Schwarze Meer. Eine Brückenfunktion sollen hierbei die in der Region lebenden deutschen Minderheiten spielen. Eine spürbare Förderung der Brauchtums-Pflege durch die Bundesregierung ist bereits seit einem Jahrzehnt zu verzeichnen.

Neben China wird wohl auch Indien, dessen Energiemarkt ebenfalls stark anwächst, seine Interessen in der kaspischen Region anmelden. Sollte es also zur Eskalation kommen, ist mit einer Auseinandersetzung im Weltmaßstab zu rechnen. Der Kalte Krieg tobt jetzt schon.



Piloten,streik': Proletarischer Kampf oder kleinbürgerliches Verhandlungskalkül?

Karsten Schmitz

Im Juni diesen Jahres haben die Piloten der Lufthansa ihre Arbeit niedergelegt, um eine 30%-ige Gehaltserhöhung für sich durchzusetzen. Und obwohl der Zeitpunkt scheinbar ungünstig gewählt war - während der Auseinandersetzungen tagte auch eine Aktionärsversammlung des Flugunternehmens - haben sie diese nach ein paar Wochen Verhandlungen dann auch nahezu bekommen: 27,4% für die oberste Tarifgruppe.

Wie haben wir Sozialisten diese Auseinandersetzung nun zu bewerten? Hat eine Gruppe von Arbeitern den restlichen Kollegen ein Beispiel dafür gegeben, wie man sich trotz absoluter Flaute im Klassenkampf und bei Tarifabschlüssen, die unter der Inflationsrate und deutlich unter 5% liegen, eine drei-ßig-pro-zen-tige Gehaltserhöhung ertrotzen kann? Oder mit anderen Worten: Sind Piloten Arbeiter? Können ihre Aktionen Einfluss nehmen auf den Klassenkampf der Lohnabhängigen?

Hierzu muss natürlich die Frage gestellt werden, wodurch zeichnet sich ein Arbeiter überhaupt aus? Ganzen Generationen von Menschen haben die stalinistischen Bürokraten im Ostblock im seltenen Einvernehmen mit den privatkapitalistisch orientierten Ideologen im Westen weismachen wollen, bei Arbeitern handele es sich lediglich um die Industrieproletarier. Der herrschenden Klasse hier könnte das nur recht sein. Wäre es so, dass einzig und allein die Arbeiter in der Großindustrie ein revolutionäres Potenzial bildeten, drohte den Kapitalisten nach dem Zechen- und Hüttensterben und dem viel beschworenen Umbruch der deutschen Wirtschaft zur Dienstleistungsgesellschaft kaum noch die Gefahr eines sozialistischen Umsturzes.

Im marxistischen Sinne allerdings heißt Arbeiter schlicht und ergreifend - Lohnabhängiger. So zählen also z.B. auch die Angestellten - sofern sie sich nicht in führender Position befinden - zur Arbeiterklasse. Das hätten beide Lager der oben angeführten Ideologen nur im ‚Kommunistischen Manifest‘ nachschlagen zu brauchen:

*„Unter Proletariat [wird] die Klasse der modernen Lohnarbeiter [verstanden], die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.“*¹

Nicht die Art der Produktivkräfte (oder im moderneren soziologischen Begriff: die ‚Wirtschaftssektoren‘) sind interessant, wenn es darum geht zu bestimmen, wer ein Arbeiter ist und wer nicht, sondern die Produktionsverhältnisse (ein bürgerlicher Ökonom würde in etwa sagen: der Markt). Und eine Klasse defi-

niert sich immer durch ihre Stellung zu den Produktionsmitteln.

Und betrachten wir die Fähigkeit der Arbeiterklasse, gegen das Kapital zu kämpfen, so müssen wir zum Schluss gelangen, dass es völlig egal ist, ob Industriearbeiter ihre Arbeit einstellen und die Produktion stilllegen oder ob es sich um Speditionskaufleute handelt, ohne deren Papiere ebenfalls kein Laster auf die Straße - geschweige denn die Grenze überqueren - kann, wobei die zu beliefernden Betriebe ebenfalls die Produktion einstellen müssen. Das Spiel ließe sich beliebig fortsetzen mit einfachen Bankangestellten, Verkäufern im Supermarkt usw. usf. Sie alle stehen im Widerspruch zum Kapital, das sie ausbeutet; sie alle bilden - zumindest potenziell - das revolutionäre Subjekt.

Wie sieht es nun mit den Piloten aus? Die Produktionsmittel - die riesigen Flugzeuge der Lufthansa - gehören ihnen





ja schließlich nicht. Aber trotzdem haben sie mehr zu verkaufen als bloß ihre Arbeitskraft. Als Einstiegsgehalt bekam ein Copilot bei der Lufthansa - und zwar schon vor dem Streik - etwa 10.000,-DM. Das durchschnittliche Gehalt eines deutschen Piloten lag - ebenfalls vor dem Streik - bei 35.000,-DM. Das ist ein Preis für seine Arbeitskraft, die weit über ihrem Wert liegt. Das bedeutet nichts anderes, als dass er von der ausgebeuteten Arbeit anderer lebt.

Der Pilot „*exploitiert [ausbeutet] sich selbst als Lohnarbeiter und zahlt sich in dem surplus value [Mehrwert] den Tribut, den die Arbeit dem Kapital schuldet*“² - die Marx'sche Definition des Kleinbürgers.

Seit jeher gab es im Kapitalismus das Phänomen der ‚Schein-Selbstständigkeit‘. Das heißt für unsere heutige Zeit, ein Unternehmer möchte seinen Anteil an Versicherungs- und Sozialbeiträgen sparen, die er für jeden seiner Angestellten bezahlen muss. Statt dessen beschäftigt er jemanden, der formell selbstständig ist, die zu seiner Arbeit notwendigen Produktionsmittel vom Unternehmen gestellt bekommt (sofern er sie nicht selber abstoßern oder per Kredit kaufen muss), seine Arbeitskraft aber nur diesem einen Unternehmen zur Verfügung stellen darf.

Und so wie es dieses Phänomen gibt, so existiert auch die Erscheinung der

‚Schein-Lohnabhängigkeit‘: Leitende Angestellte oder Fachkräfte, die in der Regel selbst ihre Ausbildung bezahlt haben (womit sie schon mal selbst Kapital investieren mussten) und weit über ihrem Wert bezahlt werden. Zum vielen Geld, das aus der Ausbeutung unserer Kollegen in ihr Portmonee abgezweigt wird, kommt noch hinzu, dass sie eben dieses Geld anlegen (dazu zwingt sie schon der kapitalistische Staat mit seiner Steuerpolitik) in Aktien, Grundstücke, weitere Vermögenswerte und anderes Kapital. Sie haben also in der Tat sehr viel mehr zu verkaufen als ihre Arbeitskraft. Und in einer künftigen Revolution hätten sie somit auch sehr viel mehr zu verlieren als nur ihre Ketten.

Ein von der Pilotenorganisation ‚Cockpit‘ organisierter Boykott kann natürlich die obersten Bosse unter Druck setzen. Aber hier handelte es sich keineswegs um einen Streik, in dem es um Lohn ging, sondern lediglich um eine Verhandlung über Konditionen unter Kapitalisten, die sich etwas zugespitzt hatte. Deutlich wurde das auch an der typisch bürgerlichen Drohung, mit denen die Piloten die Lufthansa unter Zugzwang setzen wollten und auch gesetzt haben: ‚Wenn wir das Geld nicht bekommen, gehen wir eben nach Amerika.‘ So etwas sagen Kapitalisten, nicht Arbeiter; denen würden die USA ‚was husten‘.

Und selbst kämpferischen Vorbildcha-

rakter für die Arbeiter müssen wir den Aktionen der Piloten absprechen. Gerade bei der Lufthansa sind unsere fliegenden Kleinbürger von den dort beschäftigten Arbeitern ausgebuht und beschimpft worden; diesen war klar, dass sie sich ihres Gehaltes und ihres Arbeitsplatzes nicht mehr sicher sein können, wenn den Piloten ihre Forderungen gewährt werden. Und doch war auch ihnen das Gehalt in den 90-er Jahren um 30% gekürzt worden, damit das Unternehmen, wie es so schön hieß, ‚international konkurrenzfähig‘ bleiben konnte.

Als Kommunisten, die wir „*stets das Interesse der Gesamtbewegung [der Arbeiter] vertreten*“³ müssen, ist es unsere Aufgabe, Privilegien und elitäre Haltungen in den Schichten bereits der eigenen Klasse zu bekämpfen. Umso schärfer müssen wir gegen Kleinbürger vorgehen, die meinen, sie könnten sich auf Kosten der Arbeiter bereichern.

Fußnoten:

¹Engels, Friedrich und Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, Anmerkung zur englischen Ausgabe (1888), in: dies., Werke (MEW), Bd. 4, S. 462

²Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert (1861-63), in: MEW, Bd. 26.1, S. 383

³ Engels, Friedrich und Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48), in: MEW, Bd. 4, S. 474

Sozialisten und die nationale Frage

Fabian Steinweg

Wie ist das Bestreben nach Unabhängigkeit bzw. nationaler Befreiung von Minderheiten gegenüber imperialistischen Mächten aus sozialistischer Sicht zu bewerten? Zunächst ist festzuhalten, dass die Grenzen für uns Sozialisten zwischen oben und unten und nicht zwischen den verschiedenen Nationen verlaufen. Im Kommunistischen Manifest heißt es:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. ... In dem Maße, wie die Exploitation [Ausbeutung] des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gesetz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“

Wir Sozialisten lehnen demnach die Einteilung der Welt in verschiedene Nationen ab und kämpfen für eine klassenlose Weltgesellschaft, ohne Nationen oder Nationalitäten. Dennoch bilden nationale oder ethnische Konflikte und Nationalismen ein Hauptproblem der heutigen Zeit, mit dem wir uns folglich auseinandersetzen müssen. Dabei können drei unterschiedliche Formen von Nationalismus unterschieden werden:

Der Nationalismus der alten imperialistischen Staaten (z.B. USA, Frankreich, Deutschland).

Der Nationalismus von nicht-unterdrückten Minderheiten, die sich mit Teilen der reichsten Landstriche vom ärmeren Rest der Nation trennen wollen (wie z.B. in Teilen von Norditalien oder im Baskenland).

Der Nationalismus der sich gegen die Unterdrückung von imperialistischen und

subimperialistischen (subimperialistisch sind die Imperialisten, die in ihrer Region eine Vormachtstellung haben oder anstreben) Mächten zur Wehr setzt. Beispiele hierfür sind Kurdistan und der Kosovo.

Es ist eigentlich unnötig zu erwähnen, dass wir natürlich nicht die kleinbürgerlichen Parteien und ihre Ideen des Nationalismus unterstützen.

Die Ursprünge der Diskussion zur nationalen Frage fallen in die Periode der Zweiten Sozialistischen Internationale (1889-1914). Der Reformist Karl Kautsky behauptete, durch die Entwicklung des Kapitalismus zu einem weltumfassenden System sei die Notwendigkeit von Nationalstaaten nicht mehr gegeben, weshalb sie sich von selbst auflösen würden. Mit der Theorie des Ultra-Imperialismus versuchte er seine These zu bekräftigen. Demnach führe die Entwicklung des Kapitalismus zu einer Welt, in der Konflikte zwischen den verschiedenen Ländern durch das Verschmelzen der kapitalistischen Staaten zu einem Trust unsinnig würden.

Er entwickelte diese Theorie 1914 - wenige Monate bevor der Erste Weltkrieg ausbrach, in dem es um die Neuverteilung der Profit bringenden Kolonien ging. Die Entwicklung des Kapitalismus zu einem weltumfassenden System hat die Konflikte zwischen den Ländern bis heute allerdings verschärft und nicht beseitigt.

Die Ideologie des nationalen Interesses der Arbeiter in den entwickelten Ländern werden von reformistischen Bürokratien und Sonderprofiten gestützt, die aus wirtschaftlich abhängigen bzw. unterdrückten Staaten gezogen werden.

Wehren sich die Länder der sogenannten Dritten Welt gegen die Ausbeutung der imperialistischen Länder nimmt diese Gegenwehr meist eine Form des Nationalismus an. Der Kampf um nationale Befreiung von unterdrückten Ländern muss also zuerst als Mittel zur Schwächung des Imperialismus begriffen

werden. Lenin ging noch einen Schritt weiter und bezeichnete ihn als Teil des internationalen Klassenkampfes. Die Argumentation Lenins war im wesentlichen eine Verallgemeinerung von Marx' Unterstützung für die Unabhängigkeit Irlands:

"Irland liefert durch die beständig zunehmende Konzentration der Pachten beständig sein surplus [seinen Überschuss] für den englischen Arbeitsmarkt und drückt dadurch Löhne und materielle und moralische Position der englischen Arbeiterklasse herab.

Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische Arbeiter und irische Arbeiter. Der gewöhnliche englische Arbeiter hasst den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den Lebensstandard herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. ... Der Irländer zahlt ihm mit gleicher Münze zurück. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland.

... Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewusst.“¹

Um die englische Arbeiterklasse vereinigen zu können, was einen Teil der Aufgabe der Sozialisten darstellt, muss die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit Irlands unterstützt werden, so Marx. Lenin erkannte desweiteren, dass die kolonialen Massen als eine Kraft im Kampf gegen den Imperialismus gewonnen werden konnten.

Allerdings unterschied er zwischen den Aufgaben von Revolutionären in unterdrückenden Ländern und denen in unterdrückten Ländern, da er keine Haltung mit ‚weichen‘ nationalistischen Ideen

einnahme. In unterdrückenden Ländern sollten die herrschenden nationalistischen Ideen bekämpft und Internationalismus propagiert werden. In unterdrückten Ländern sollten die sozialistischen Revolutionäre ihre Opposition gegen den Einfluss der Imperialisten mit der klaren Unterstützung der Idee der internationalen Arbeiterklasse und der sozialistischen Perspektive verknüpfen. Demzufolge müssen Revolutionäre sowohl einen ideologischen als auch politischen Kampf gegen die nationalen Bourgeoisien führen.

Wir unterstützen nationale Befreiungsbewegungen in unterdrückten Ländern bedingungslos und wollen die dortigen Arbeiter vom Nationalismus weg gewinnen. Kleinbürgerliche Parteien oder bürgerliche Führer dieser Bewegung tragen wir nicht aktiv mit. Trotzki hat die Frage der bedingungslosen Unterstützung auf eine kurze Formel gebracht: „*Militärische Unterstützung ja, politische Unterstützung nein.*“

Es ist wichtig, dass wir nationale Befreiungskämpfe bedingungslos unterstützen, weil wir sonst unsere eigene herrschende Klasse gegen die von ihr unterdrückten Völker unterstützen und somit stärken würden. Revolutionäre müssen, woimmer die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit in unterdrückten Ländern auftritt, diesen Kampf unterstützen, aber gleichzeitig um die Führung in diesen Bewegungen kämpfen. Revolutionäre werden ausschließlich an der Seite der kämpfenden Massen Einfluss auf die Ideen der Arbeiter in diesen Ländern gewinnen können.

Die Arbeiterbewegung hat allerdings immer gegenüber der Bewegung für nationale Unabhängigkeit Vorrang und darf ihr nicht untergeordnet werden. Der Aufbau einer revolutionären Partei muss - auch in ihrer Keimform - weiter betrieben werden.

Bourgeoisie und Arbeiter eines vom Imperialismus unterdrückten Landes haben unterschiedliche Interessen. Das Interesse der Bourgeoisie ist es, die Profite, die die Imperialisten durch ihre Unterdrückung aus dem Land herauschaffen, durch eigene Unterdrückung bzw. Ausbeutung am Proletariat zu kompensieren.² Das objektive Interesse der Arbeiterklasse ist es, in einer weltweit

solidarischen Gemeinschaft ohne Unterdrückung zu leben.

Lehnt man die Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe ab, spricht man sich auch gegen Trotzki's Theorie der permanenten Revolution aus, die besagt, jede bürgerliche nationale Revolution müsse von Marxisten zur sozialistischen Revolution weitergetrieben werden. Unterstützen wir Befreiungsbewegungen von unterdrückten Nationen nicht, berauben wir uns jeder Möglichkeit für eine sozialistische Revolution.

Die Linke hat in der Vergangenheit Kämpfe um nationale Befreiung direkt als Kämpfe für Sozialismus interpretiert, was sich als schwerwiegender Fehler herausgestellt hat. Die Kämpfe wurden von der Linken für fortschrittlich gehalten und deshalb unterstützt, nicht aus taktischen Gründen. Das beste Beispiel hierfür ist Vietnam.

Zuerst unterstützte die Linke den Kampf Vietnams gegen den französischen und dann gegen den US-Imperialismus. Die nationale Unabhängigkeitsbewegung unter der Führung von Ho-Chi Minh verwechselte die Linke mit einer Bewegung, die einen sozialistischen und fortschrittlichen Staat erkämpfen will. In Wirklichkeit wurde ein staatskapitalistisches Land nach dem Vorbild der stalinistischen Ostblockländer aufgebaut. Die Arbeiterklasse wurde genauso unterdrückt wie in den privatkapitalistischen Ländern des Westens, da die Bewegungsgesetze des Kapitalismus nicht zurückgedrängt wurden. Die Führung des Kampfes nannte sich nur deshalb kommunistisch, um die Massen an sich zu binden.

Wir Leninisten unterstützten diese Kämpfe lediglich aus taktischen Gründen, um den Imperialismus zu schwächen und weil die Möglichkeit besteht, die Arbeiter für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen und nicht, weil sie an den fortschrittlichen Charakter dieser Bewegungen glauben.

Allerdings hat die Befreiung Vietnams von den Imperialisten dem Imperialismus als Weltsystem, besonders aber dem der USA, einen tiefen Schlag versetzt, von dem er sich erst nach zwanzig Jahren erholte. Erst mit der Präsidentschaft Ronald Reagans kann von einer allmähli-

chen Überwindung des ‚Vietnam-Syndroms‘ gesprochen werden. Trotzdem unterstützte die Linke grundsätzlich keine nationalen Befreiungsbewegungen mehr, weil sie ihre Illusionen in die Fortschrittlichkeit Vietnams verloren hatte.

Ob aber ein Land von einer fremden oder der eigenen Bourgeoisie beherrscht wird, ist kein Indiz für ‚Fortschrittlichkeit‘. Seit dem Ersten Weltkrieg ist weltweit der Sozialismus möglich. Eine unabhängige bürgerliche Gesellschaft ist im Vergleich zu einer möglichen sozialistischen Gesellschaft reaktionär und nicht fortschrittlich. Nationale Befreiungskämpfe mobilisieren breite Massen Unterdrückter und Unzufriedener, die aber unterschiedliche Ziele haben können. Lediglich der Kampf gegen die Unterdrücker eint sie. Diese Kämpfe können einen progressiven Charakter bekommen und eine Dynamik enthalten, die sie über ihre eigenen Grenzen hinweg - hinein in einen sozialistischen Kampf führen können.

Durch die zunehmende Krise des kapitalistischen Systems wird sich auch die Ausbeutung bzw. die Unterdrückung von nationalen Minderheiten verschärfen. Die Gegenwehr der unterdrückten Massen wird sich dementsprechend stärker gegen den Imperialismus richten und die Frage der nationalen Befreiung wird dringlicher als jemals zuvor.

Deshalb ist es wichtig für uns, Klarheit über unsere taktische Haltung in dieser Frage zu haben. Wir müssen den nationalen Befreiungskampf als Kraft des internationalen Klassenkampfes begreifen. Durch die diesbezüglichen Ideen und die Taktik von Lenin haben wir Revolutionäre ein weiteres Werkzeug erhalten, um die Welt aus ihren Angeln zu heben.

Fußnoten:

¹Marx, Karl an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9. April 1870, in: Marx Engels Werke, Bd. 32, Berlin (DDR) 1973, S. 668, f

²Es kann noch einen Teil der Bourgeoisie geben, der direkt von der Ausbeutung seines Landes durch einen imperialistischen Staat profitiert und deshalb nicht das geringste Interesse an einer nationalen Befreiung hat - wie z.B. die von Batistas Regime auf Kuba vor 1959 protegierten Kapitalisten.

Krieg in Mazedonien

Francis Byrne



Bundeswehrsoldaten üben den Krieg in Mazedonien.

Wieder sind diese Bilder vom Balkan alltäglich geworden: Panzer und Hubschrauber bombardieren Dörfer, Flüchtlinge versuchen sich und ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Seit dem offenen Ausbruch der Kämpfe in Mazedonien vor etwa sechs Monaten sind bis Mitte Juni rund 42.000 Menschen in den benachbarten Kosovo geflüchtet. In den letzten Wochen waren es etwa 2.000 täglich - so schätzt das Rote Kreuz -, die aus Mazedonien um ihr Leben rannten. Die UCK (Nationale Befreiungsarmee Kosovo), die militärisch zu großen Teilen vom Westen aufgerüstet wurde, hat den Kampf um die Albaner in Mazedonien begonnen.

War die UCK im Kosovo-Krieg noch Bündnispartner der NATO und des Westens, ist sie jetzt für das Kalkül des Westens ein gefährlicher und unberechenbarer Faktor geworden, der die Stabilität auf dem gesamten Balkan noch viel stärker aus dem Gleichgewicht bringen kann. Es sind die Geister der albanischen Unabhängigkeit, die der Zauberlehrling vor seinen Karren spannte, jetzt aber nicht mehr unter Kontrolle bekommen kann.

War für Verteidigungsminister Scharping die UCK damals noch eine „Befreiungsarmee“, besteht sie jetzt in seinen Augen aus „Terroristen, von denen wir uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen“. Der Westen - und hier besonders Deutschland - hat durch die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen auf dem Balkan seinen Einfluss in der Region ungemein vergrößern können. Deutschland war beispielsweise das erste Land, das - entgegen allen Warnungen vor dem Spiel mit dem Pulverfass Balkan - Kroatien als souveränen Staat anerkannte. Heute ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Kroatiens.

Um diese Vormachtstellung zu erreichen, wurden Unterdrückung und Nationalismus genutzt. Doch wie im Falle der albanischen Bestrebungen nach einem vereinigten Albanien, das Teile von Bulgarien, Serbien, Griechenland und Mazedonien mit einschließen würde, ist genau dieser Nationalismus für die westlichen Herrscher zu einer Gefahr geworden.

Kurze Geschichte Mazedoniens

Mazedonien war eine Hinterlassenschaft des am Ende des 19. Jahrhunderts zusammenbrechenden Ottomanischen Reiches. Die Region wurde aufgeteilt zwischen Bulgarien, Griechenland und Serbien. Die Region blieb ein Schlachtfeld für die verschiedenen imperialistischen und subimperialistischen Mächte, die sich auf dem Balkan breit machten. Sowohl Österreich-Ungarn, Russland, Griechenland, Serbien als auch Bulgarien beanspruchten Mazedonien für sich.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde die Region Jugoslawien zugesprochen. Die serbische Sprache wurde erste Sprache in Bildung und öffentlichem Leben. Während des zweiten Weltkrieges beherrschte Bulgarien, der Alliierte Nazi-Deutschlands, Mazedonien.

Nach 1945 wurde Mazedonien als konstitutionelle Republik Teil des neuen Jugoslawiens unter Tito - ein Land, das auf mehr oder weniger starke Gleichheit zwischen den in ihm lebenden Balkanvölkern aufgebaut war. Die Gleichheit galt in Jugoslawien für alle Völker, außer für die Albaner, die etwa ein Fünftel der mazedonischen Teilrepublik ausmachten. In der Geschichte des Balkans und Jugoslawiens galt die albanische Minderheit als immer unkalkulierbarer und sogar gefährlicher Faktor, deren potenzielle Bestrebungen, sich an Albanien anzuschließen, eine Gefahr für die Herrschenden darstellte.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung Jugoslawiens stellten erneut lokale subimperialistische Mächte ihren Anspruch auf Mazedonien auf die Tagesordnung: Serbien, Kroatien und Bulgarien.

In großen Teilen West-Mazedoniens, wie beispielsweise in der Stadt Tetovo, stellen die Albaner die Mehrheit der Bevölkerung. Dennoch litten sie unter einer ähnlichen Diskriminierung wie im Kosovo. Politisch eigenständige albanische Gruppen waren in Jugoslawien, anders als unter den anderen Völkern, verboten und wurden aus Angst vor Separationsbestrebungen verfolgt. Eine Universität, die auf Albanisch unterrichtete, gab es nicht.

1991 wurde der neue Staat Mazedonien gegründet. Statt der Definition der alten Teilrepublik innerhalb von Jugoslawien als ‚Republik des mazedonischen Volkes und der albanischen und türkischen Minderheiten‘ verstand sich der neue Staat als der des ‚mazedonischen Volkes‘. Zwar wurden albanische Parteien erlaubt, die Minderheiten fanden jedoch keine Erwähnung mehr. Auch eine in albanischer Sprache unterrichtende Hochschule gibt es bis heute nur inoffiziell. Ähnlich wie in Nordirland die Katholiken werden auch die albanischen Arbeiter in Mazedonien bei der Besetzung von Arbeitsplätzen klar benachteiligt, wenn auch eine von der EU und den USA betriebene Verfassungsänderung zugunsten der ethnischen Minderheit eventuell den größten Druck nehmen kann.

Doch die Ungleichbehandlung der Albaner in Mazedonien führte nicht zu einer nationalen Befreiungsbewegung. Die albanischen Parteien und die überwältigende Mehrheit der mazedonischen Albaner gingen davon aus, dass diese

Probleme auf parlamentarischem Wege gelöst werden können. Etwa 90% der Albaner dort waren für einen Verbleib im mazedonischen Staat. Mit der Zuspitzung des Krieges ist zu beobachten, wie die Stimmung zugunsten der albanischen Bestrebungen der UCK wächst und auch gleichzeitig die Schärfe der Ungleichbehandlung bzw. Unterdrückung gegen Albaner zunimmt:

„Menschenrechtsorganisationen berichten, dass Albaner, die den Regierungstruppen oder der Polizei in die Hände gefallen sind, weiter misshandelt würden. Männer würden mit Folter gezwungen, sich als Kämpfer der UCK zu bekennen. ... Die Bereitschaft der Regierung, eine Verfassungsänderung und die Anerkennung des Albanischen als zweite Staatssprache zu erwägen, hatte Hoffnung für einen friedlichen Ausweg aus der Krise geweckt. Regierungschef Georgievski hat die Zugehörigkeiten jedoch inzwischen relativiert. Er machte klar, dass der Schritt nicht aus Überzeugung, sondern ausschließlich auf internationalen Druck erfolgt sei. Die Regierung habe den Auftrag, an einer sogenannten Friedensagenda zu arbeiten, die einer Kapitulation Mazedoniens am Verhandlungstisch gleichkomme. Außerdem bekräftigte Georgievski die Position, dass Mazedonien die albanischen Terroristen ‚zerstören‘ müsse.“ (Frankfurter Rundschau, 2. Juni 2001)

Momentan wird Mazedonien von einer Allparteienregierung zur Nationalen Sicherheit unter der Führung von Regierungschef Georgievski regiert. In dieser Koalition sind auch zwei einflussreiche albanische Parteien vertreten.

Wie kann eine Verschärfung des Krieges verhindert werden?

Als Sozialisten wissen wir, dass das kapitalistische System nur nach dem alten Motto ‚teile und herrsche‘ aufrechtzuerhalten ist. Wenn die unterdrückten Klassen ihre eigentlichen Feinde, die jeweils herrschende Klasse als die tatsächlichen Ausbeuter erkennt und nicht ‚die Albaner‘, ‚die Türken‘, ‚die Serben‘ etc. zu Feinden erklärt, fällt der Papiertiger der kapitalistischen Ausbeutung in sich zusammen. Im Moment ist es jedoch so, dass es für die Wahrnehmung dieser Perspektive - zumindest auf dem Balkan (aber auch in anderen

Regionen wie Israel/ Palästina) - keinerlei Anzeichen gibt.

Im Gegenteil steht zu befürchten, dass die Interessen der verschiedenen großen und kleinen Imperialisten die Menschen so lange aufeinander hetzen werden, bis ein geregeltes Leben in manchen Regionen unmöglich ist. Die Beispiele von Somalia und Afghanistan zeigen, wie Länder durch die imperialistischen Interessen in den blutigen Untergang und in die Barbarei geführt werden.

Solange es in Mazedonien keine emanzipierte Arbeiterbewegung gibt, müssen Nationalismus und Rassismus der Herrschenden zum Tragen kommen. Und solange der Kampf der Ethnien gegeneinander nicht in einen gemeinsamen Kampf gegen die herrschende Klasse umschlägt, kann es im Kapitalismus nur eine - sehr wackelige und bloß vorübergehende - Maßnahme geben.

Und weil ein blutiger Krieg den Balkan auf Jahrzehnte zu terrorisieren droht, sollte man diese Maßnahme, die bereits die mazedonische Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen hat, durchaus ernst nehmen:

„Ein Vorstoß aus den Reihen der mazedonischen Akademie der Wissenschaften hat die allgemeine Konfusion noch verstärkt. Mitglieder der Akademie schlagen einen Austausch von Territorium und Bevölkerung zwischen Mazedonien und Albanien vor, um ‚ethnisch reine‘ Staaten zu schaffen. Mazedonien würde demnach die fast ausschließlich albanisch besiedelten Landesteile im Westen an den Nachbarn abtreten. Im Gegenzug müsste Albanien Territorium am Ohridsee, wo eine slawische Minderheit lebt, Mazedonien überlassen. Wer sich bei dem Tausch von Territorium auf der ‚falschen Seite‘ wiederfindet, müsste gemäß dem Plan der slawisch-mazedonischen Wissenschaftler innerhalb von drei Monaten umziehen.“ (Frankfurter Rundschau, 2. Juni 2001)

Auch als Notlösung aus Mangel an Alternativen klingt es vielleicht merkwürdig, wenn revolutionäre Sozialisten eine Rassentrennung vorschlagen, um dem ‚ethnischen‘ (eigentlich natürlich imperialistischen) Konflikt erst einmal seine Schärfe zu nehmen. Eine absolute

Neuheit sind solche Vorschläge aber nicht. Bereits 1933 zog Leo Trotzki in Betracht, dass die unterdrückten Schwarzen in den USA um ein Gebiet kämpfen, auf dem sie sich ansiedeln können:

*„Wenn die Neger das wollen [eine Nation zu werden], dann müssen wir bis zum letzten Blutstropfen gegen den Imperialismus, damit sie ihr Recht erhalten, wo auch immer und wie auch immer sie wollen, ein Stück Land für sich abzutrennen. ... Auf jeden Fall treibt ihre Unterdrückung die Neger dazu, eine politische und nationale Einheit zu suchen.“*¹

Eine strikte Trennung der Völker lässt sich aber mit Sicherheit nicht so rational und einfach durchführen, wie sich der Vorschlag der Akademie der Wissenschaften Mazedoniens anhört. Bei der Gründung des unabhängigen Indiens und Pakistans nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich gezeigt, wieviel Gewalt- und Todesopfer solche Maßnahmen mit sich bringen können, als die Moslems auf pakistanisches und die Hindus auf indisches Gebiet zogen. Wo immer die Menschenzüge beider Religionen aufeinander trafen, kam es zu schlimmen Ausschreitungen. Resultat allerdings ist mittlerweile das weitestgehend friedliche Nebeneinander beider Nationen - wäre da nicht Kaschmir. Dieses Land, in dem immer noch Anhänger beider Religionen zusammenleben, bildet den Zankapfel der beiden subimperialistischen Staaten. Gäbe es die Kaschmirfrage nicht, so wären auch die Spannungen geringer.

Dementsprechend könnte auch ein geplanter und freiwilliger Austausch von Land weitere jahrzehntelange Kriege auf dem Balkan entgegenwirken. Sicherlich wäre die Unterdrückung nicht beseitigt, genauso wenig wie die Interessen der jeweiligen imperialistischen Länder befriedigt wären, doch eine Ausweitung der Kriege könnte eingedämmt werden. Das ist alles, was beim gegenwärtigen Stand des kapitalistischen Weltsystems und des internationalen Klassenkampfes konkret erreicht werden kann.

Fußnoten:

¹ Trotzki, Leo D., Die Negerfrage in Amerika (1933), in: ders., Nationale Frage und nationale Minderheiten, Köln 1995, S. 20

IS-Bücherkiste

Alle Broschüren und die CD sind ab sofort auch von unserer Internetseite aus **bestellbar!** www.internationalesozialisten.de

Bestelladresse: Norbert Nelte, Nesselrode Str. 28, 50735 K In - Tel.: 0221/287 03 88 - Postbank Hannover BLZ 250 100 30 - Kto. Nr. 140993 - 301

Tony Cliff		Norbert Nelte	
Studie über Rosa Luxemburg	5,00	Marxistische Wirtschaftstheorie - leicht gemacht	2,00
Staatskapitalismus in Rußland (2 Broschüren)	16,00	Markt oder Plan?	3,00
Chris Harman		Klassenkampf	3,00
Frauenbefreiung und Klassenkampf	2,50	Marx/Engels	
Rußland - Wie die Revolution scheiterte (und Farsi)	2,00	Lohnarbeit und Kapital	2,50
Das ist Marxismus	5,00	Feuerbach	3,00
Gramsci gegen Reformismus (Haenisch: Bordiga)	2,00	Ökonomisch-Philosophische Manuskripte	8,00
Wohin treibt der Kapitalismus?	5,00	Manifest der kommunistischen Partei	3,00
Duncan Hallas		Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie...	3,00
Kritik des orthodoxen Trotzismus		Lenin	
(Nelte: Gorbatschow: Trotzisten ratlos)	2,00	Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit...	6,00
Geschichte der 4. Internationale	3,00	Staat und Revolution	6,00
Die Komintern	12,00	Engels, Lenin, u.a. Anarchismus ohne Perspektive 3,00	
Trotzki (Biographie), Cliff: Trotzkis revolutionäres		Marx, Engels, Lenin Religion und Klassenkampf 2,00	
Erbe, S.Trotzki: Bruch mit der 4. Internationalen	1,50	Trotzki	
Trotzki's Marxismus	6,00	Die Permanente Revolution	8,00
John Molyneux		Kopenhagener Rede 1932	3,00
Die authentische marxistische Tradition	4,00	Kunst und Sozialismus	6,00
Die zukünftige sozialistische Gesellschaft	2,00	Ihre Moral und unsere	3,00
Das Wesen des Menschen	1,50	Faschismus I: Gegen den Nationalkommunismus u.a.	6,00
Alex Callinicos		Faschismus II: Was nun?	7,00
Rasse und Klasse	3,00	Faschismus III: Der einzige Weg, u.a.	6,00
Die sich verändernde Arbeiterklasse	4,00	1917 - Die Lehren der Revolution	3,00
Nigel Harris Warum hungert die halbe Welt?	2,00	Aufsätze	5,00
Ian Birchall		Nationale Frage und nationale Minderheiten	
Arbeiterb. und Parteiherrschaft (2 Broschüren)	12,00	(und Tony Cliff: Permanente Revolution)	5,00
John Rees		Briefe an das ZK von 1923	4,00
Trotzki und die Dialektik der Geschichte	2,00	Verteidigung des Marxismus (2 Broschüren)	12,00
Binns/Haynes Neue Theorien zu Osteuropa	2,00	Rosa Luxemburg	
Paul McGarr Engels und die Naturwissenschaft	3,00	Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	5,00
Maryam Poya Iran 1979	4,00	Sozialreform oder Revolution	5,00
Cliff, Harman, Luxemburg Partei und Klasse	6,00	Bucharin Imperialismus und Weltwirtschaft	9,00
SWP-Autoren		Bucharin+Preobrasch. ABC des Kommunismus	8,00
Agitation und Propaganda	3,00	Georg Lukács	
Rüstungskapitalismus	3,00	Methodisches zur Organisationsfrage	3,00
e.p. Kronstadt und Machno-Bewegung	3,00	Lenin	4,00
IS-Autoren		CD-Rom:	
Marx' historischer Materialismus (IS-Einführung)	2,00	Alle deutschen Titel, die LO und der KK in Ami-Pro (Original - mit Diagrammen, Formeln, Rahmen, Bilder etc.) oder	
Was wollen die Intern. Sozialisten? (Programm)	5,00	Word (konvertiert) und viele Bilder CD-Rom: Alle deutschen	
Plattform, Gründungsresolution und Satzung	1,00	Titel, die LO und der KK in Ami-Pro (Original - mit Diagrammen, Formeln, Rahmen, Bilder etc.) oder Word (konvertiert)	
IS-KK und LO-Inhaltsverzeichnis	1,00	und viele Bilder	
SAG-KK-Inhaltsverzeichnis	3,00		6,00
Schulungsmaterial	8,00		
Atommacht Deutschland	2,00		
Stopt die Nazis	2,00		

Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Dienstag bei N. Nelte, Nesselrode Str. 28,
Köln - Nippes Themen bitte erfragen unter: 0221 -
53 48 693 oder 0221 - 27 14 890

RUHRGEBIET

Termine und Themen bitte erfragen:
Tel. 0201 - 64 64 555 oder 0212 - 23 11 464

ALLE AKTUELLEN TERMINE AUCH IM INTERNET

MARXISMUSTAG IM AUGUST

14.00 Uhr bei N. Nelte, Nesselrode Str. 28, Köln - Nippes

Samstag, den 18.8.2001

Themen:

★ STAATSKAPITALISMUS ★

★ PALÄSTINA UND DIE NATIONALE FRAGE ★

★ KANN DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT DEN KAPITALISMUS BÄNDIGEN? ★

... UND IM SEPTEMBER

14.00 Uhr bei N. Nelte, Nesselrode Str. 28, Köln - Nippes

Samstag, den 22.9.2001

Themen:

★ STAATSTHEORIE ★

★ TROZKIS ÜBERGANGSPROGRAMM UND KLASSENKAMPF HEUTE? ★

★ PALÄSTINA UND ISRAEL ★

Kontakt und Mitfahrgelegenheit: 0221 - 53 48 693



Klassenkampf
Kostenlose Leseprobe
bestellen unter 0221 - 534 86 93
oder per e-Mail: nc-byrne@netcologne.de

UNSERE POLITISCHEN GRUNDSÄTZE

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der „Klassenkampf“ und die „Linke Opposition“ setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den „Internationalen Sozialisten“ anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen übereinstimmen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Klassenkampf

Der Neue Markt

★ NORBERT NELTE

„Technologie-Unternehmen, dachten Auguren und Analysten, seien immun gegen das Auf und Ab der Konjunktur, gegen steigende Zinsen oder fallende Wachstumsraten.“ (Die Zeit 12/ 2001)

Mal ganz abgesehen davon, dass die Zeit selber zu den Auguren der Fortschrittsgläubigkeit gehört; es ist aus und vorbei. Statt Jubel über nicht enden wollenden Geldflusses beherrscht das Zittern vor roten Zahlen das Parkett und die Vorstandsetagen.

Dabei hat alles so gut angefangen. Noch in den letzten fünf Jahren stiegen die Investitionen der US-Unternehmen in der Informationstechnologie jährlich um durchschnittlich 25%. Die Aktienkurse stiegen bis zu 8.000%.

Die Arbeiter wurden mit allerlei Sondergaben bedacht. Sie waren stolz darauf, Extra-Bonbons wie beispielsweise Aktien ihrer Firma zu erhalten. Sie glaubten den sirenenhaften Aufschwungsgesängen der Kapital-Enthusiasten und dachten, dadurch keine Gewerkschaft mehr zu benötigen, also ihr Ziel durch eine individuelle Karriere erreichen zu können.

Die Realität lehrt ihnen aber das Gegenteil: Die Investitionen der Technologie-Firmen werden nach den Vermutungen des Geldhauses Goldman Sachs um 20% sinken. Die meisten Hightech-Häuser machen zwar Umsatz, aber keinen Gewinn mehr. Der Online-Buchhändler Amazon beispielsweise macht mit jedem verkauften Buch 5,-DM Verlust. Verlustwarnungen kommen aus allen Ländern und allen Bereichen der Hightech, überall werden Tausende entlassen, von Motorola, Intel, Dell, Cisco oder Infineon. Die Aktien der New Economy stürzten jetzt schon wieder dahin, wo sie angefangen haben oder noch niedriger - bis hin zu Pfennigbeträgen.

In der Folge ging das Wirtschaftswachstum in den USA von 8 auf 1,1% zurück. In Tokio stürzten die Kurse Anfang März auf den niedrigsten Wert seit 16 Jahren. Auch der erwartete Wirtschaftsaufschwung in Deutschland sank bereits von 3,5 auf 2,1%.

„In der New Economy rollt eine beispiellose Pleitewelle. Weil die Börse als Geldquelle für weitere Expansion versiegt, müssen immer mehr Start-up-Firmen aufgeben. Jeff Bezos, der Gründer des hochdezifitären Online-Händlers Amazon, empfahl Kleinanlegern bereits, am besten ganz auf den Kauf von Internet-Aktien zu verzichten.“ (Der Spiegel 12/ 2001)

Was war geschehen? Warum geht den neuen für die meisten so vielversprechenden Technologie-Firmen plötzlich die Luft aus? Was bedeutet das für die Wirtschaft und für die Arbeiter?

Die ersten Unternehmen haben in der Tat am Anfang Sonderprofite erwirtschaftet. Der Wert einer Ware, um die der Preis gravitiert, repräsentiert die in ihr steckende normale durchschnittliche Arbeit, früher nur des nationalen, im Laufe der Globalisierung natürlich des weltweiten Durchschnitts; wohlgermerkt des nationalen oder weltweiten Durchschnitts, je nachdem, wie die Waren - z.B. ein Brötchen auf dem nationalen oder ein Ozeandampfer auf dem internationalen Markt - angeboten werden.

Ein rechnerisches Beispiel: Ein Kapitalist, nennen wir ihn A, der vorher Fertighäuser bei einer Profitrate von nur noch 5% hergestellt hat, investiert in eine neue Produktion für Taschencomputer mit Internetanschluss, weil er sich dort einen Profit von 40% verspricht.

In der Tat hat er pro Stück nur Abschreibungen und Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe über 600,-DM (500,-DM

Abschreibung, 100,-DM RHB-Stoffe) und 400,-DM Löhne, also zusammen 1.000,-DM und verkauft das Teil für 1.400,-DM, das sind 400,-DM Gewinn.

Wenn er den Verkaufserlös für seine Taschencomputer erst nach einem Jahr erhält, hat er nun eine Profitrate von $400 / 1.000 = 40\%$. Die Mehrwert- oder Ausbeutungsrate beträgt $400 / 400 = 100\%$.

A geht an die Börse und seine Aktien steigen gleich um das 5-fache. Mit dem dabei verdienten Geld kann er Erweiterungsinvestitionen tätigen und die Umsätze verdoppeln. Alles expandiert und boomt, bläht sich auf und streckt sich dem Himmel entgegen.

Doch, oh welch ein Graus, jetzt kommt die Konkurrenz. Da die Hardware in der Herstellung nur 1.000,-DM kostet, verkauft der Konkurrent B sie für nur 1.300,-DM. Bevor A nun nichts mehr verkauft, senkt er flugs den Preis seiner Ware auf 1.200,-DM herab.

Nun kommt der Konzernriese C. Er will erst mal zum ‚Kostenpreis‘ verkaufen, um somit A und B zur Aufgabe zwingen. Er verkauft also die Taschencomputer für 1.000,-DM. A und B können ihre Ware auch nur noch für 1.000,-DM verkaufen. Also wird dieser Preis der neue Durchschnitt.

Bei 1.000,-DM Kosten und 1.000,-DM Verkaufserlösen ist die Profitrate bei A auf Null gesunken. Also entlässt er 500 Arbeiter, streicht des Weihnachtsgeld für die übrigen und kann damit die Löhne auf 370,-DM kürzen. Somit kann er wieder 30,-DM Profit (Gewinn+Zinsen) machen, das ist eine Profitrate von $30 (m) / 970 (c+v) = 3,1\%$.

Dahin ist es mit dem Sonderprofit von 40%, A hat sogar noch weniger Profit

Fortsetzung auf S. 10